

**ENGAGEMENT
GLOBAL**

Service für Entwicklungsinitiativen



SERVICESTELLE

KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

MATERIAL

**Kommunale
Partnerschaften
mit Lateinamerika**

**Grundlagen, Stand und
Perspektiven**

Im Auftrag des

BMZ



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

Nr.39

Impressum:

Herausgeber:

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
53113 Bonn
Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150
info@engagement-global.de
www.engagement-global.de

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
info@service-eine-welt.de
www.service-eine-welt.de

V.i.s.d.P.: Dr. Stefan Wilhelmy

Material – Schriftenreihe der Servicestelle, Heft 39
Projektleitung: Dr. Stefan Wilhelmy
Text: Bernd Lämmlin, Dr. Stefan Wilhelmy
Redaktion: Dr. Stefan Wilhelmy

Titelgestaltung: Fabian Ewert Design, Königswinter
Druck: Theissen Medien Gruppe GmbH & Co. KG
100% Recyclingpapier, RecyMago

Bonn, Juni 2010, unveränderter Nachdruck 2012

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Material“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Material 39

*Partnerschaften deutscher Kommunen am Beispiel Lateinamerika –
Grundlagen, Stand und Perspektiven*

Juni 2010

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	4
Vorwort	5
1. Einleitung	7
2. Herausforderungen und Möglichkeiten kommunaler Partnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit	9
3. Rahmenbedingungen der Entwicklungspolitik deutscher Kommunen	11
3.1 Entwicklungszusammenarbeit im föderalen System Deutschlands	11
3.2 Rechtliche Grundlagen und Zulässigkeit.....	12
3.3 Politische und institutionelle Verankerung und Berufungsgrundlage.....	12
3.4 Möglichkeiten der Finanzierung	15
4. Kommunale Entwicklungspolitik im Inland	17
5. Auslandsaktivitäten im Rahmen von Städte- und Projektpartnerschaften aus Sicht der Kommunen	19
5.1 Inhalte und Motivation	20
5.2 Stärken, Erfolgsfaktoren und komparative Vorteile der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit	21
5.3 Schwächen und Schwierigkeiten	22
5.4 Mehrwert für die eigene und die Partnerkommune	23
6. Die Entwicklungszusammenarbeit deutscher Kommunen mit lokalen Gebietskörperschaften Lateinamerikas	25
7. Perspektiven - Die internationale Diskussion zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe und die kommunale Entwicklungspolitik	31
7.1 Harmonisierung der entwicklungspolitischen Aktivitäten verschiedener Ebenen – Die Rolle der Kommunen	31
7.2 Qualitätsdiskussion.....	32
7.3 Ansätze für mögliche Kriterien der Qualitätskontrolle und Qualitätssteigerung	33
Anhang	35
Abkürzungsverzeichnis	35
Literaturverzeichnis.....	36
Publikationen	38

Abbildungsverzeichnis

Kasten 1: Zur Begrifflichkeit.....	8
Kasten 2: Die besondere Rolle der Stadtstaaten im Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik	11
Kasten 3: Deutsche Städte im EU-Programm URB AL und das Städtenetzwerk "Cities for Mobility"	15
Abb. 1: Verwendung von Drittmitteln zur Finanzierung der kommunalen Entwicklungspolitik	16
Abb. 2: Entwicklungspolitische Handlungsfelder im Inland.....	18
Abb. 3: Verteilung der genannten Motivationsgründe zueinander	20
Abb. 4: Inhalte der Zusammenarbeit	21
Abb. 5: Komparative Vorteile der kommunalen Entwicklungspolitik in Bezug auf die (inter-)nationale Entwicklungspolitik aus Sicht der Kommunen.....	22
Abb. 6: Verteilung deutscher Kommunalpartnerschaften	26
Abb. 7: Entwicklungen der Neuabschlüsse kommunaler Partnerschaften zwischen Deutschland und Lateinamerika	27
Abb. 8: Bestandsentwicklung – Anzahl der Kommunalpartnerschaften mit Lateinamerika	28
Abb. 9: Verteilung der Partnerschaften auf die deutschen Bundesländer.....	28

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

Die deutsche kommunale Entwicklungspolitik steht vor großen internen und externen Herausforderungen. Einerseits erfordert der tief greifende Strukturwandel in den Partnerkommunen des Südens, angetrieben durch vielfältige Urbanisierungs-, Demokratisierungs- und Dezentralisierungsprozesse, eine Umstellung der Partner im Norden: auf neue mandatierte Ansprechpartner, politische Strukturen und Bedarfe. In dieser Anpassung liegt zugleich die Chance aktiver deutscher Kommunen, einen konstruktiven Beitrag zur Entwicklung in den Partnerkommunen zu leisten und neben Bund und Ländern als dritte Kraft eine verantwortungsvolle Rolle in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit einzunehmen.

Andererseits bestehen für die deutsche Partnerschaftsarbeit, trotz der Fortschritte der letzten Jahre, nach wie vor große Defizite in den Bereichen Rechts- und Finanzsicherheit. Das Potential der Kommunen kann daher nicht ausgeschöpft werden. Auch wird der Mehrwert der Partnerschaften für die deutschen Kommunen noch zu wenig gesehen. Dies gilt besonders für die Beziehungen zu Lateinamerika: Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre und das wegweisende Nahverkehrssystem von Curitiba sind nur zwei Beispiele dafür, das es bei partnerschaftlichem Austausch auch um ein "Lernen vom Süden" geht. Dennoch sind nur wenige deutsche Kommunen bislang Partnerschaften zu iberamerikanischen Ländern eingegangen und diese konzentrieren sich auf Nicaragua.

Es wird in diesem Heft am Beispiel der deutschen Kommunalbeziehungen zu Lateinamerika gezeigt, dass angesichts dieser Herausforderungen die Zukunft der deutschen kommunalen Entwicklungspolitik, insbesondere in Bezug auf die Nord-Süd-Partnerschaften, in der Steigerung ihrer Qualität hinsichtlich ihrer Effizienz, Effektivität und Anknüpfungsfähigkeit an die internationale Entwicklungszusammenarbeit liegen muss. Erforderlich sind ein intensiverer Erfahrungsaustausch zwischen den (z.B. in Lateinamerika) aktiven deutschen Kommunen, eine bessere Vernetzung mit europäischen Kommunen (z.B. aus Spanien), die Gewinnung neuer Kommunen für internationale Partnerschaften und die bessere Einbindung der kommunalen Ebene in die nationale Entwicklungszusammenarbeit.

Der vorliegende Text erschien zuerst unter dem Titel "Cooperación descentralizada alemana del desarrollo. El rol de los gobiernos locales" als Beitrag zum Jahrbuch des *Observatorio de Cooperación descentralizada UE-AL* (Anuario de la cooperación descentralizada, 2008). Die Servicestelle ist gerne der Anregung nachgekommen, diesen Beitrag auch der deutschsprachigen Leserschaft zugänglich zu machen.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre.

Anita Reddy

Leiterin der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt

1. Einleitung

In der internationalen Entwicklungszusammenarbeit hat die Bedeutung der lokalen Ebene in den letzten Jahren erheblich zugenommen. Seit der Anerkennung der Kommunen als zentrale Akteure zur Umsetzung einer globalen Nachhaltigkeitsstrategie im Rahmen der Agenda 21 der Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung 1992 wurde ihre Stellung in nationalen und internationalen Beschlüssen wiederholt gestärkt. So beim Sondergipfel der Vereinten Nationen zu den Millenniumsentwicklungszielen (MDG) im September 2005, auf dem der damalige UN-Generalsekretär Kofi Annan die zentrale Bedeutung der Kommunen für die Erreichung der MDG unterstrichen und damit die Verpflichtung zu guter Regierungsführung durch Ziel 8 zum „Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft“ auch auf die kommunale Ebene erweitert hat. Bemerkenswert sind überdies die internationalen Bürgermeisterkonferenzen im Vorfeld großer VN-Konferenzen¹, die neben den MDG-Beschlüssen der Kommunalnetzwerke² von Seiten der lokalen Akteure signalisieren, dass sie die globalen Herausforderungen auf lokaler Ebene verantwortungsbewusst annehmen wollen. Im „Bericht über lokale Gebietskörperschaften und Entwicklungszusammenarbeit“³ des Europäischen Parlaments vom 1. März 2007 wird der Prozess der Etablierung der Kommunen als internationale Akteure umfassend gewürdigt. Das Parlament erkennt darin die Kommunen als „unverzichtbare Partner“ in der Entwicklungspolitik nachdrücklich an und hat mit diesem so genannten Schapira-Bericht Vorschläge zur besseren strukturellen und finanziellen Absicherung kommunaler EZ-Maßnahmen auf europäischer Ebene vorgelegt.

In einer neuen Mitteilung weist die Europäische Kommission auf die zunehmende Bedeutung der Gebietskörperschaften als Akteure der Entwicklungszusammenarbeit hin und regt an, auch an ihre entwicklungspolitischen Aktivitäten die Frage der Wirksamkeit der Hilfe zu stellen. Dafür sei vor allem eine bessere Informationsgrundlage über die dezentralen entwicklungspolitischen Aktivitäten der Gebietskörperschaften notwendig.⁴

Gleichzeitig werden in den Kommunen die Auswirkungen der globalen ökonomischen, ökologischen und sozialen Veränderungen verstärkt wahrgenommen. Die Kommunen reagieren darauf durch zunehmende internationale Vernetzung⁵ und eine Neubestimmung der kommunalen Entwicklungspolitik, die in ihrer Bedeutung nicht mehr nur als solidarische Hilfe für Partnerkommunen im Süden verstanden, sondern auch als Beitrag zur Beeinflussung der globalen Entwicklung gesehen wird. Dies trägt auch zum internationalen Profil der Kommunen bei – ein Aspekt, der angesichts der wachsenden globalen Standortkonkurrenz zunehmend an Bedeutung gewinnt.

Entsprechend diesen globalen Trends ist festzustellen, dass auch die rechtlichen und materiellen Handlungsspielräume der Kommunen im auswärtigen Bereich in vielen europäischen Ländern wachsen.⁶ Kommunale Entwicklungszusammenarbeit wird – wenn auch in unterschiedlichem Umfang und im Rahmen verschiedener historisch gewachsener Institutionengefüge – in zunehmendem Maße von diesen Staaten unterstützt und mit der jeweiligen nationalen bilateralen Entwicklungspolitik kohärent verbunden.

Bei der kommunalen Entwicklungspolitik in Deutschland ist dieser Trend zur Unterstützung und Einbindung in professionelle Strukturen jedoch noch nicht in der Weise angekommen. Vor die-

¹ Beispiele sind die internationalen Kommunalkonferenz Local Renewables 2004, Early Warning 2006 und die Bürgermeisterkonferenz zur Biodiversität in Bonn 2008.

² vgl. United Cities and Local Governments (UCLG) (Local Governments Millennium Declaration, Peking 2005), Rat der Gemeinden und Regionen Europas (CEMR) (Millenniumserklärung der Mitgliedskommunen des Rates der Gemeinden und Regionen Europas/Deutsche Sektion, 2007) sowie Deutscher Städtetag (Millenniumserklärung der Mitgliedsstädte des Deutschen Städtetages, Köln 2007).

³ European Parliament (2007)

⁴ Commission of the European Communities (2008)

⁵ Insbesondere die Gründung der „United Cities and Local Governance“ (UCLG) in Paris im Mai 2004.

⁶ Studien zu ausgewählten Ländern belegen dies, vgl.: Wilhelmy, S. u.a. (2007); GTZ (2003).

sem Hintergrund stellt sich die elementare Frage, wie die engagierten deutschen Kommunen ihr Potenzial in Bezug auf die Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele in den Partnerkommunen besser oder überhaupt nutzen und ihre eigenen internationalen Interessen besser wahren können.

Die vorliegende Veröffentlichung⁷ skizziert zunächst die Herausforderungen, denen die Kommunen mit ihren Partnerschaften gegenüberstehen und stellt dann die zentralen Rahmenbedingungen für entwicklungspolitisches Handeln der Kommunen in Deutschland dar. Auf der Grundlage einer aktuellen Studie des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (nachfolgend zitiert als Fröhlich/Lämmelin 2009) werden die entwicklungspolitischen Aktivitäten der deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise beschrieben. Dabei wird zwischen inländischen und ausländischen Handlungsfeldern unterschieden, denen jeweils ein eigenes Kapitel gewidmet ist. Anschließend werden die bestehenden Kommunalpartnerschaften zwischen Deutschland und Lateinamerika dargestellt. Im abschließenden Kapitel zu den Perspektiven der kommunalen Entwicklungspolitik in Deutschland werden auch Anregungen für die qualitative Weiterentwicklung der Kommunalpartnerschaften formuliert.

Kasten 1: Zur Begrifflichkeit

Um der begrifflichen Unterscheidung zwischen Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit gerecht zu werden, wird in der genannten DIE-Studie (Fröhlich/Lämmelin 2009) der Begriff „Kommunale Entwicklungspolitik“ dann verwendet, wenn damit zum Ausdruck gebracht werden soll, dass es sich um kommunale Aktivitäten sowohl im In- als auch im Ausland handelt. Der Begriff „Kommunale Entwicklungszusammenarbeit“ wird demnach nur dann eingesetzt, wenn ausschließlich die Handlungen der Kommunen in und mit dem Ausland dargestellt werden. Weiterhin werden in der DIE-Studie nur die „offiziellen“ entwicklungspolitischen Aktivitäten der Verwaltung der Städte, Gemeinden und Landkreise behandelt. Die verschiedenen anderen Akteure in einer Kommune (z.B. Zivilgesellschaft, lokale Wirtschaft, Kirchengemeinden etc.) sind nicht oder nur am Rande Gegenstand der Darstellung. Diese Begriffsdefinitionen wurden für den vorliegenden Beitrag übernommen.

⁷ Die Darstellung stützt sich in Teilen auf die Forschungsergebnisse der genannten DIE-Studie, an der die beiden Autoren des vorliegenden Beitrags – in unterschiedlicher Weise – mitgewirkt haben. Der vorliegende Text erschien zuerst unter dem Titel "Cooperación descentralizada alemana del desarrollo. El rol de los gobiernos locales" als Beitrag zum Jahrbuch des *Observatorio de Cooperación descentralizada UE-AL* (Anuario de la cooperación descentralizada, 2008). Er gibt die Auffassung der Autoren wieder, die nicht zwangsläufig denen von InWEnt bzw. der Servicestelle entsprechen müssen.

2. Herausforderungen und Möglichkeiten kommunaler Partnerschaften in der Entwicklungszusammenarbeit

In vielen Entwicklungsländern ereignen sich aktuell grundlegende Umbrüche und Reformprozesse in der Siedlungsstruktur und im Staatsaufbau. Die Städte des Südens gegenwärtigen heute eine doppelte Herausforderung:

Die rapide Verstädterung und das Wachstum der Stadtbevölkerung, das in Afrika und Asien selbst ehemals kleine Provinzsiedlungen in ländlichen Regionen erreicht und beeinflusst, steigert die Entwicklungsrisiken: schlimmstenfalls entsteht in den neuen verdichteten Siedlungsräumen ein Kreislauf aus Armut, Umweltverschmutzung, Kriminalität und Unregierbarkeit. Im Städtewachstum liegen aber auch spezifische Entwicklungschancen: räumliche Nähe zu Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und zu Arbeitsmöglichkeiten, Marktnähe, Innovationskraft urbaner Kultur-, Wissenschafts- und Wirtschaftszentren, verbesserte Partizipationsmöglichkeiten, ein dichtes Netz zivilgesellschaftlicher Strukturen etc. Um diese Chancen zu nutzen, brauchen die Städte jedoch politische Unterstützung, wirtschaftliches Engagement, Ressourcen für Infrastrukturmaßnahmen und Dienstleistungen, eine handlungsfähige Stadtverwaltung etc.

Parallel zur Urbanisierung verlagern Demokratisierungs- und Dezentralisierungsprozesse in der Mehrheit der Entwicklungsländer Entscheidungskompetenzen in die Kommunen und erhöhen damit deren politische Selbstbestimmung. Häufig sind die Kommunen mit diesen neuen Aufgaben überfordert. Es fehlen oft Managementenerfahrung und eine adäquate Finanzverfassung. So droht mancherorts die neue Selbstständigkeit zum Bumerang für die Stadtentwicklung zu werden.

Die Dezentralisierungs- und Demokratisierungsprozesse stärken die Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit der Kommunen. Sie sind dadurch zunehmend selbst für die Daseinsvorsorge und Basisdienste in ihren Kommunen verantwortlich: Grundbildung, Gesundheitsstationen, Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung, Transport, Müllentsorgung etc. werden zu kommunalen Aufgaben. Schon diese Aufzählung macht die großen Überschneidungen mit den MDGs deutlich: Von der Bekämpfung des Hungers in MDG 1, über die Grundschulbildung, Mütter- und Kindergesundheit und Bekämpfung von Pandemien in MDG 2, 4, 5, 6, bis hin zum Umweltschutz und Good Governance vor Ort in MDG 7 und 8. Die Städte des Südens nehmen also eine zentrale Rolle für die Erreichung der MDGs ein und werden damit die Entwicklung ihrer Mutterländer entscheidend prägen. Nord-Süd-Partnerschaften kommt nicht zuletzt aufgrund dieser Herausforderungen eine besondere Bedeutung zu:

- weil die Städte des Nordens im Gedankenaustausch Know-how und langjährige Erfahrung mit Selbstverwaltung und Partizipation vermitteln können;
- weil sie im Vergleich zur staatlichen oder internationalen Ebene auf Augenhöhe kooperieren können;
- und weil sie für bedarfsgerechte Projekte auf der Mikroebene Mittel akquirieren, wo die staatliche und internationale EZ selten hinreicht.

Gerade in Bezug auf die explosionsartig wachsenden Armenquartiere in vielen mittelgroßen Städten ist dies noch zu selten der Fall. Nach Recherchen des World Watch Institute fließt nur ein einstelliger Prozentsatz aller ODA-Investitionen in Slums (vgl. Perlmann/Sheehan 2007).

Doch wirkungsvolle Hilfe in der Situation des Strukturwandels oder auch nur die Anpassung des bisherigen Engagements an die neuen Herausforderungen, erfordert mehr Professionalität und mehr personelle und finanzielle Ressourcen, als viele deutsche Städte aufbringen können.

Die Mehrzahl der deutschen Partnerstädte benötigt daher mehr inhaltliche und materielle Unterstützung. Einige europäische Staaten wie Spanien, Frankreich und Norwegen haben sich in den letzten Jahren dazu entschlossen, ihren Kommunen eben diese Unterstützung zu gewähren, sie

stärker in die staatlichen Aktivitäten einzubeziehen und ihre Leistungen in der ODA-Berechnung zu berücksichtigen (vgl. Wilhelmy u.a. 2007).

In Deutschland sind hier ein Umdenken und eine Verbesserung des rechtlichen und finanziellen Handlungsrahmens kommunaler Entwicklungspolitik erforderlich. Die dazu nötige Aufwertung der kommunalen Entwicklungspolitik lässt sich nur erreichen, wenn durch eine lokal fokussierte entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit der Rückhalt für die kommunalen Aktivitäten in der Bevölkerung erhöht wird.

3. Rahmenbedingungen der Entwicklungspolitik deutscher Kommunen

Die zentralen Rahmenbedingungen der Kommunalen Entwicklungspolitik, also der rechtliche Rahmen, die politische und institutionelle Verankerung sowie die Möglichkeiten der Finanzierung dieser Aktivitäten in Deutschland werden im Folgenden dargestellt. Vorab werden das föderale System Deutschlands und die Stellung der Kommunen im Besonderen im Hinblick auf deren Auswirkungen auf das kommunale Entwicklungsengagement kurz beschrieben.

3.1 Entwicklungszusammenarbeit im föderalen System Deutschlands

Aufgrund der föderalen Ausprägung des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland wird die horizontale Gewaltenteilung zwischen Exekutive, Legislative und Judikative durch eine vertikale Gewaltenteilung ergänzt, wobei die Gliedstaaten (Bundesländer) in Verwaltungseinheiten bzw. weitere Institutionen des Staatsaufbaus untergliedert sind, nämlich die Kommunen (Städte, Gemeinden und Landkreise). Den Kommunen steht aber weder gesetzgebende noch rechtsprechende Gewalt zu, diese wird allein durch den Bund und die Länder ausgeübt. Aus dem Prinzip der Subsidiarität leitet sich aus Art. 28 des Grundgesetzes aber das Recht auf kommunale Selbstverwaltung ab, wonach die Bürgerinnen und Bürger die Angelegenheiten ihrer lokalen Gemeinschaft eigenverantwortlich regeln und verwalten sollen. Dadurch können Entscheidungen und Verwaltungshandlungen bürgernäher und den jeweiligen örtlichen Bedingungen entsprechend durchgeführt werden.

Den rechtlichen Rahmen dafür bilden die Gemeindeordnungen der Länder. Die finanziellen Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben generieren die kommunalen Gebietskörperschaften durch eigene Einnahmen sowie aus Mitteln der übergeordneten Ebene.

Insgesamt gibt es in den 16 Bundesländern 313 Landkreise und ca. 12 400 Städte und Gemeinden⁸, wobei die Zahl durch Eingemeindungen abnimmt. Unterschieden werden die Städte und Gemeinden weiterhin in kreisfreie und kreisangehörige Städte und Gemeinden, woraus die Zuordnung zu den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städte- und Gemeindebund (nur kreisangehörige Städte), Deutscher Städtetag (kreisfreie und kreisangehörige Städte) und Deutscher Landkreistag) resultiert. Diese wiederum vertreten die Interessen ihrer Mitgliedskommunen auf Landes- und Bundesebene und sind ebenfalls föderal, also in Landesverbänden, organisiert.

Kasten 2: Die besondere Rolle der Stadtstaaten im Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik

Die drei Stadtstaaten (Berlin, Hamburg, Bremen) spielen im deutschen föderalen System eine spezielle Rolle, da sie sowohl städtische, also kommunale, als auch landestypische Aufgaben und Funktionen übernehmen. Dies betrifft auch den Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik. So unterhalten die Städte Berlin, Hamburg und Bremen eigene Städtepartnerschaften und verfolgen entwicklungspolitische Aktivitäten im Inland (Bildungsarbeit, Beschaffungswesen, etc.) auf Ebene der Stadtstaaten. Die Finanzierung erfolgt durch Landesmittel, wodurch die drei Städte bezogen auf die Einwohnerzahl einen relativ hohen Beitrag im Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik leisten können. Weiterhin können aber auch die einzelnen Bezirke der Stadtstaaten eigene Kontakte zu Entwicklungsländern aufnehmen und Aktivitäten im Inland initiieren. Die Bezirke erfüllen dabei ihre Aufgaben nach dem Prinzip der Selbstverwaltung, also ähnlich den Kommunen. Diese erfolgen allerdings zumindest im Fall von Berlin eigeninitiativ und werden größtenteils selbstständig finanziert. Der Landesebene kann dabei z.B. die Funktion der Koordinierung dieser Aktivitäten zukommen.

⁸ Statistisches Bundesamt: Verwaltungsgliederung in Deutschland am 30.06.2008 (2. Quartal).

3.2 Rechtliche Grundlagen und Zulässigkeit

Die Begriffe „Entwicklungspolitik“ und „Entwicklungszusammenarbeit“ werden zwar nicht im Grundgesetz (der deutschen Verfassung) erwähnt. Es herrscht jedoch Einigkeit darüber, dass die Entwicklungszusammenarbeit eine besondere Form der Beziehung zu auswärtigen Staaten ist, deren Pflege laut Art. 32 Abs. 1 GG (in Verbindung mit Art. 73 Abs. 1 GG) eindeutig dem Bund zugesprochen wird (Rudzio 2000, p. 369). Entwicklungszusammenarbeit aber allein als Aufgabe des Bundes zu definieren, würde jedoch dem Geist des Grundgesetzes nicht gerecht werden.

Zur rechtlichen Legitimation der kommunalen Entwicklungspolitik wird gegenwärtig meist der Art. 28 GG herangezogen, der das Recht auf kommunale Selbstverwaltung beinhaltet. Dieses Recht kann als Kompetenzvorschrift zugunsten der Aktivitäten der Kommunen im Ausland interpretiert werden, falls diese Aktivitäten nicht in Bundes- oder Landesrecht eingreifen. Weiterhin hat sich in der Staatsrechtslehre bei der Auslegung des Grundgesetzes das Prinzip der Vermutung der Länderkompetenz herausgebildet. Dieser *„Zuständigkeitsvermutung zugunsten der Gliedstaaten“* (Katz 2002) zufolge fällt alles, was im Grundgesetz nicht explizit dem Bund zugeschrieben wird, in die Zuständigkeit der Gliedstaaten.⁹ Dieses Prinzip unterstreicht zudem das in Art. 30 GG verankerte Subsidiaritätsprinzip. Sache der Ländergesetzgebung sind somit alle ausdrücklich nicht dem Bund zugewiesenen Bereiche wie z.B. Kultur, Kommunal- und Polizeirecht (Rudzio 2000, p. 370).

Nach herrschender Meinung ist dieses Prinzip auch auf das Verhältnis Staat-Gemeinde anzuwenden. Demnach gilt auch hier eine *„Zuständigkeitsvermutung zugunsten der Gemeinden“* (Schwanenflügel 1993, p. 138), wonach die Gemeinden für alle öffentlichen Aufgaben zuständig bzw. verantwortlich sind, solange ein Bezug zur örtlichen Gemeinschaft gegeben ist. Eine klare rechtliche Einordnung innerhalb der verschiedenen Gemeindeordnungen der Länder, welche den rechtlichen Rahmen kommunalen Handelns vorgeben, fand allerdings noch nicht statt. Die Entwicklungspolitik der Kommunen zählt somit bestenfalls zu den freiwilligen Aufgaben und steht daher in jedem Fall hinter der Ausübung der Pflichtaufgaben zurück. Angesichts der gegenwärtigen (Welt-)Wirtschaftskrise und dadurch bedingten Rückgängen der Steuereinnahmen wird das kommunale Engagement in der Entwicklungspolitik in den kommenden Jahren unter einem besonderen Rechtfertigungsdruck stehen.

3.3 Politische und institutionelle Verankerung und Berufungsgrundlage

Als Bestätigung für die oben genannte Interpretation des Grundgesetzes im Sinne der rechtlichen Zulässigkeit entwicklungspolitischer Aktivitäten der Kommunen können verschiedene Beschlüsse auf Landesebene und politischen Erklärungen auf Bundesebene herangezogen werden. Auch die Einrichtung entsprechender Institutionen auf Initiative des Bundes bzw. der Länder sowie die Einbindung der Kommunen in Programme und Projekte der offiziellen Entwicklungszusammenarbeit zeigen die staatliche Unterstützung der kommunalen Entwicklungspolitik auf den verschiedenen Ebenen.

Als politische Berufungsgrundlage für die Kommunen in Deutschland sind vor allen Dingen die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenzen auf Länderebene relevant. In verschiedenen Beschlüssen bekennen sich die Länder erstens generell zum eigenständigen entwicklungspolitischen Engagement der Kommunen und zweitens dazu, dieses Engagement zu unterstützen und zu fördern. Eine entsprechende Unterstützung kommunaler entwicklungspolitischer Aktivitäten fordern die Länder auch von der Bundesregierung. 1985 wurden bei einem Treffen der Innenminister der Länder Kriterien erarbeitet, denen die entwicklungspolitischen Auslandsaktivitäten der Kommunen entsprechen sollen.¹⁰ Beim jüngsten Treffen der Ministerpräsidenten 2008 in

⁹ Vgl. hierzu Art. 70 Abs. 1 GG: *„Die Länder haben das Recht der Gesetzgebung, soweit dieses Grundgesetz nicht dem Bund Gesetzgebungsbefugnisse verleiht.“*

¹⁰ Folgende haushaltswirksame Leistungen sind demnach erlaubt: 1) Partnerschaften bzw. *„(vorrangig) der Begegnung dienende Kontakte“*; 2) Unterstützung zur Behebung oder Verminderung der Strukturschwäche einer ausländischen Gemeinde (hier als ‚Entwicklungshilfe‘ bezeichnet): z.B. Lieferung von überzähligen Geräten, Ausbildung von Personal der aus-

Dresden wurde die Unterstützung der entwicklungspolitischen Aktivitäten der Kommunen erneut bestätigt und der Wunsch nach einer sinnvollen Arbeitsteilung und Koordination zwischen den verschiedenen staatlichen Ebenen in Deutschland im Sinne eines kohärenten Auftretens der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geäußert. Unter Berücksichtigung der Paris-Erklärung über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit und der Millenniumsentwicklungsziele wollen die Länder ihren spezifischen Beitrag und ihre besonderen Kompetenzen in den Entwicklungsprozess einbringen. Dementsprechend sollen die Entwicklungspartnerschaften der lokalen Gebietskörperschaften auf verschiedenen Ebenen weiter ausgebaut werden. Explizit wird dabei dem Beitrag der Kommunen im Rahmen dieser Partnerschaften eine große Bedeutung zugesprochen. Eingebettet in die speziellen Handlungsfelder der Länder sehen diese den kommunalen Beitrag besonders in der Kultur- und Bildungsarbeit, der Kooperation mit Migrant/innen aus Entwicklungsländern, in den Bereichen „gute Regierungsführung“ und „Dezentralisierung“ sowie im „capacity building“ für die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen.¹¹ Allerdings wurden diese Beschlüsse weder in den Gemeindeordnungen der Länder noch in den Länderverfassungen verankert, welche die rechtliche Grundlage für das kommunalpolitische Handeln darstellen. Deshalb bleibt auch die rechtliche Grundlage der Auslandsaktivitäten der Kommunen unklar.

Im Unterschied zu anderen europäischen Ländern findet in Deutschland weder eine kontinuierliche und strategische Einbindung der Kommunen in die nationale Entwicklungszusammenarbeit und noch ihre Beteiligung an der Entwicklung der nationalen Strategien und Ansätze statt.

Die Gründung der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)/InWEnt¹² auf Initiative des Bundes, einiger Bundesländer und der Stadt Bonn sowie u.a. die Kooperation der Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ)¹³ mit dem Deutschen Städtetag sprechen aber dennoch für eine breite Wertschätzung und Unterstützung der entwicklungspolitischen Aktivitäten der Kommunen auf den übergeordneten Ebenen. Die SKEW unterstützt Kommunen primär bei ihren entwicklungspolitischen Aktivitäten *im Inland*, worauf in Kapitel 4 näher eingegangen wird. Bei Projekten *im Ausland* können die Kommunen mit der GTZ zusammenarbeiten, die in den Bereichen Demokratieförderung und Dezentralisierung vor allem Kommunen in den Partnerländern unterstützt (vgl. dazu Kapitel 5). Bei einzelnen Maßnahmen dieser beiden Institutionen sind die Übergänge zwischen „Inland“ und „Ausland“ jedoch fließend.

Auch die kommunalen Spitzenverbände Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Landkreistag unterstützen und fördern das Engagement ihrer Mitglieder im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit – sowohl direkt als auch als Mitträger der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Gleiches gilt für die deutsche Sektion des CEMR (Council of European Municipalities and Regions), die der wohl wichtigste Akteur und Ansprechpartner für die Kommunen auf Verbandsebene im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit ist. Gemeinsam vertreten sie die deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise im Weltverband der Kommunen United Cities and Local Governments (UCLG) und bringen dort ihre Erfahrungen ein. Weiterhin unterstützen sie die Millenniumserklärung der Kommunen¹⁴ des UCLG und fordern

ländischen Gemeinde; 3) Sach- oder Geldleistungen aus humanitärem Anlass: z.B. bei Bedrohung der ausländischen Gemeinde durch eine Katastrophe, besondere historische Bindung zu einer ausländischen Gemeinde; 4) Zuwendungen aus sonstigem Anlass nur bei Gegenleistung: z.B. Zuwendungen für ein Jugendheim einer ausländischen Gemeinde, in dem sich die Jugend aus beiden Gemeinden begegnet; 5) Förderung von Projekten, in dem die Gemeinde „*das finanzielle Engagement ihrer Bürger weckt oder fördert durch Beteiligung von Haushaltsmitteln zum Anreiz für die Bürger oder zur Abrundung eines von den Bürgern gespendeten Betrages*“; dabei muss jedoch der Charakter der Bürgerhilfe gewahrt bleiben, die (schließlich) finanzielle Förderung eines Projektes „*sollte grundsätzlich unterbleiben*“; 6) Originäre kommunale Aktivitäten im Ausland: z.B. örtliche Kulturpflege, Jugend- und Erwachsenenbildung, Erfahrungsaustausch von Verwaltung zu Verwaltung.

¹¹ Online: <http://www.wusgermany.de/index.php?id=1333&L=> [Zugriff: 01.12.2008]

¹² Die InWEnt – Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH führt als Durchführungsorganisation Maßnahmen der Personalentwicklung, der Weiterbildung und des Dialogs für Fach- und Führungskräfte im Auftrag der Bundesregierung und der Länder durch (PZ – Personelle Zusammenarbeit).

¹³ Die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) führt als Bundesunternehmen und weitere Durchführungsorganisation u.a. die technische Zusammenarbeit im Auftrag der Bundesregierung durch.

¹⁴ Online: http://www.cities-localgovernments.org/uclg/upload/template/templatedocs/ENG_Mill_Decl.pdf

ihre Mitglieder auf, eine solche zu unterzeichnen und ihren Beitrag zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele zu leiten.

Die institutionelle Verankerung der kommunalen Entwicklungspolitik im Allgemeinen ist sehr vielfältig. Eine Vielzahl an kommunalen Vereinigungen, Netzwerken und politischen Akteuren auf allen Ebenen (regional, national, global) spiegelt die Relevanz der Kommunen als Partner der staatlichen und internationalen Entwicklungspolitik wider und zeigt die Notwendigkeit der Vernetzung der lokalen Gebietskörperschaften. Diese resultiert zum einen aus der Erkenntnis der wachsenden Bedeutung des Erfahrungsaustauschs unter den Kommunen in einer globalisierten Welt, zum anderen aus dem Wunsch der Kommunen, auf der Ebene nationaler und internationaler Politik gehört zu werden.

Auf kommunaler Ebene selbst ist das Thema der Entwicklungszusammenarbeit meist beim Bürgermeisteramt angesiedelt. Eine Umfrage des deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) aus dem Jahr 2008¹⁵ ergab, dass sich bei den befragten 60 entwicklungspolitisch aktiven Kommunen der Stichprobe beobachten lässt, dass die kommunale Entwicklungspolitik „Chefsache“ ist. In den meisten Fällen (38 %) übernimmt der/die (Ober-)Bürgermeister-/in die Schirmherrschaft für das Thema. Angesiedelt ist die kommunale Entwicklungspolitik zumeist bei Personen in leitender Funktion und in Verwaltungseinheiten, die zum Büro des Oberbürgermeisters gehören.

¹⁵ Der an mindestens 1292 Kommunen versendete Fragebogen richtete sich in erster Linie an die entwicklungspolitisch aktiven Kommunen in Deutschland. Es gingen 203 Antworten ein, was – basierend auf der Mindestanzahl von 1292 angeschriebenen Kommunen – einer Rücklaufquote von 16 Prozent entspricht. Die Stichprobe umfasst somit 203 (entspricht knapp 2 %) der Grundgesamtheit aller 12671 deutschen Kommunen. Das bedeutet, dass die Ergebnisse dieser Studie nicht für alle Kommunen verallgemeinert werden können. Die im Folgenden aufgeführten Graphiken basieren auf dieser Umfrage. Fröhlich/Lämmlin (2009)

3.4 Möglichkeiten der Finanzierung

Im Unterschied zu verschiedenen europäischen Nachbarländern gibt es in Deutschland weder eine Budgetlinie im Bundeshaushalt noch eine flächendeckende Finanzierung durch die Länder. In einzelnen Bundesländern ist eine direkte finanzielle Unterstützung durch die Landesebene aber möglich und vorgesehen (vgl. Nordrhein-Westfalen). Da die entwicklungspolitischen Aktivitäten der Kommunen, wie oben beschrieben, zu deren freiwilligen Aufgaben zählen, kann gerade in Zeiten knapper Ressourcen der Kommunen eine langfristige Bereitstellung der finanziellen Mittel und damit auch der gesamten entwicklungspolitischen Aktivitäten nicht immer gewährleistet werden.

Um so wichtiger ist es, dass sich die Kommunen neben den eigenen Mitteln für die Entwicklungspolitik auch der verschiedenen Möglichkeiten der Drittmittelakquirierung bewusst sind und diese nutzen, nicht zuletzt um die Langfristigkeit ihres Engagements zu sichern. Deutsche Kommunen können zwar des Weiteren von dem thematischen Programm „Nicht-staatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess“ des neuen Finanzierungsinstruments für Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union profitieren. Dies wird aber entweder aufgrund mangelnder Information oder des komplexen Antragsverfahrens noch recht wenig in Anspruch genommen. Das thematische Programm des neuen Finanzierungsinstruments ersetzt die bisherigen Budgetlinien „Decentralised Cooperation“ und „NGO Co-financing“. Im Rahmen dieser ersten Finanzierungslinie legte die EU bereits 1995 Programme zur Finanzierung von Städtekooperationen zwischen europäischen Städten und Städten Lateinamerikas (URB AL), Asiens (Asia URBS) und der mediterranen Nachbarstaaten der EU (Med URBS) auf, die teilweise noch laufen, wie z.B. URB AL, dessen Laufzeit der 3. Phase für 2008 bis 2012 geplant ist.¹⁶ Gemeinsames Ziel dieser Programme war und ist es, thematische Netzwerke zwischen lokalen Gebietskörperschaften zu initiieren und zu unterstützen.

Kasten 3

Deutsche Städte im EU-Programm *URB AL* und das Städtenetzwerk „*Cities for Mobility*“

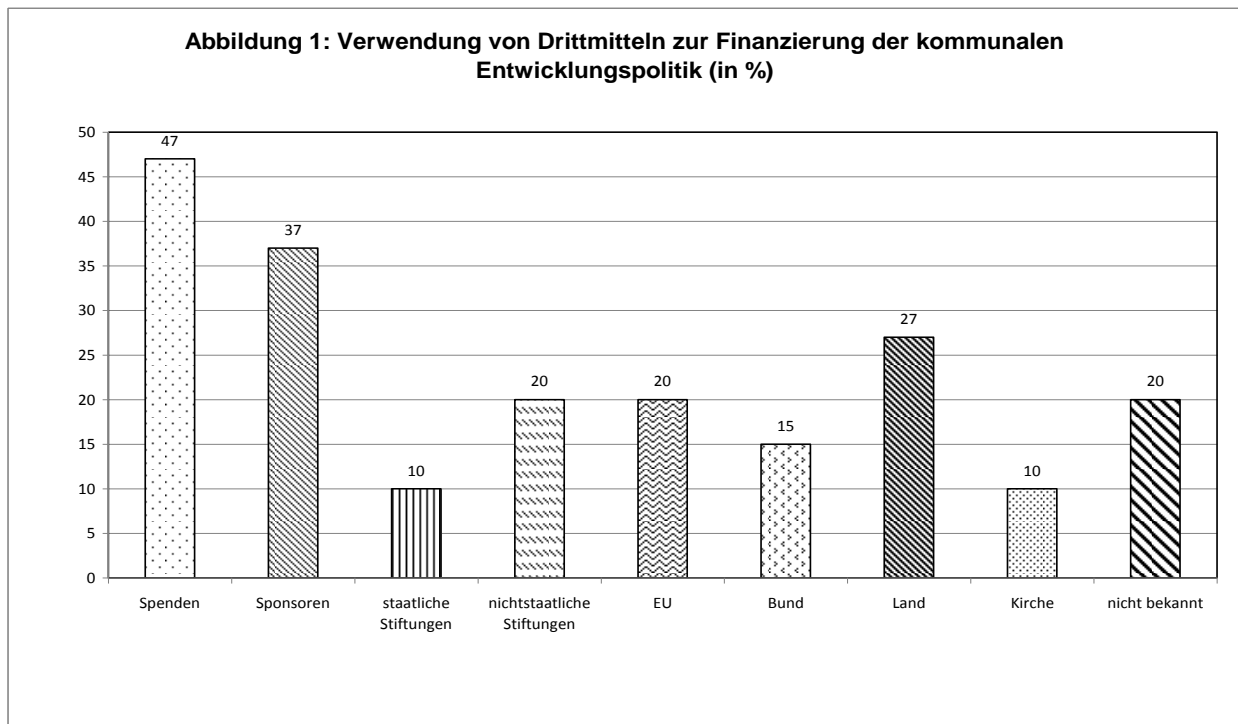
Im Rahmen des EU-Förderprogramms URB-AL (vgl. oben) wurden in den ersten beiden Phasen, neben der Förderung kommunaler Projekte in den 13 Schwerpunktthemen Netzwerke initiiert, welche jeweils von einer Kommune organisiert und koordiniert werden. Bremen koordinierte das Netzwerk zur Informationsgesellschaft in Städten, Stuttgart das Netzwerk zur urbanen Mobilität. Verschiedene Kommunen, darunter Stuttgart als Koordinator des thematischen Netzwerks Nr. 8 „Steuerung der urbanen Mobilität“, haben diese Netzwerke aber über den EU-geförderten Koordinierungszeitraum (2000 – 2003) aufrechterhalten und weiterentwickelt. Das daraus auf Initiative der Stadt Stuttgart entstandene Netzwerk „**Cities for Mobility**“ fördert weiterhin die „[...] *transnationale Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltungen, Verkehrsbetrieben, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft* [...].“ Aktuell zählt das Netzwerk 441 Mitglieder aus 63 Ländern (ca. 100 aus Deutschland, davon 14 lokale Gebietskörperschaften). Die Handlungsfelder umfassen die Themen „sozial gerechte Mobilität“, „wirtschaftsfördernde Mobilität“ und „umweltfreundliche Mobilität“. Dazu erarbeitet das Netzwerk innovative Konzepte, verbreitet praktische Erfahrungen, konzipiert und führt Projekte im Verkehrsbereich durch, organisiert Veranstaltungen zum Erfahrungsaustausch und berät die Mitglieder über Fördermittel und den Aufbau von Industriepartnerschaften zur Durchführung von Pilotprojekten. Außerdem vermittelt das Koordinierungsbüro in Stuttgart Experten zu bestimmten Fragestellungen.¹⁷

Eine weitere Möglichkeit, staatliche Mittel, also Haushaltsmittel des Bundes (insbesondere des BMZ) und der Länder, in Anspruch zu nehmen, ist die Zusammenarbeit mit lokalen NROs, insbesondere den Partnerschaftsvereinen, die als privatrechtliche Einrichtungen durch das BMZ gefördert werden können.

¹⁶ Vgl.: European Commission (2008).

¹⁷ Online: http://www.cities-for-mobility.net/index.php?option=com_content&task=view&id=30&Itemid=97 (Zugriff: 15.12.2008).

Die am häufigsten verwendeten Drittmittel akquirieren die Kommunen allerdings durch Spenden, Sponsoring sowie durch die Zuwendungen von und die Zusammenarbeit mit Kirchen und Stiftungen (vgl. Abbildung 1).



Quelle: Fröhlich/Lämmlin (2009)

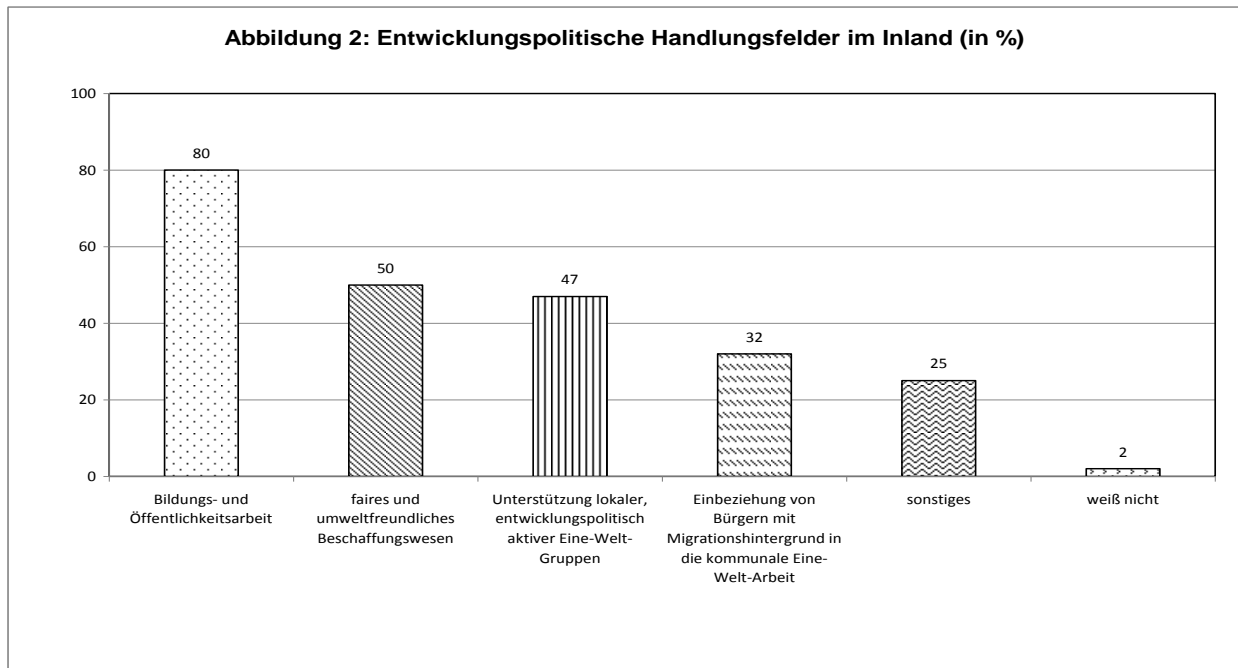
4. Kommunale Entwicklungspolitik im Inland

Deutsche kommunale Entwicklungspolitik ist sehr vielfältig, wie auch die aktuelle Studie des DIE wieder gezeigt hat (vgl. Fröhlich/Lämmlein 2009). Auch wenn der Fokus dieses Beitrags auf den internationalen Aktivitäten liegt, sind hier neben der Partnerschaftsarbeit insbesondere folgende Aktivitäten im Inland hervorhebenswert:

- Fairer Handel: Gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, durch Länder, Kirchen und zahllose zivilgesellschaftliche Initiativen finden viele Aktivitäten zur Unterstützung des Fairen Handels statt, z.B. die jährlich wiederholte Faire Woche oder der zweijährige Wettbewerb der SKEW „Hauptstadt des Fairen Handels“, der 2009 zum vierten mal ausgetragen wird.
- Faire Beschaffung: Immer häufiger lehnen deutsche Kommunalverwaltungen die Beschaffung von Produkten ab, die unter Missachtung zentraler ökologischer und sozialer Kriterien entstanden sind; soweit dies rechtlich möglich ist. Zum Beispiel liegen bereits 114 kommunale Ratsbeschlüsse und sieben Landtagsbeschlüsse gegen ausbeuterische Kinderarbeit vor¹⁸.
- Entwicklungspolitische Bildung: Von Staat, Bundesländern, Gemeinden, Kirchen und Stiftungen wird die entwicklungspolitische Bildung bzw. das globale Lernen gefördert. 2007 hat die Kultusministerkonferenz in Zusammenarbeit mit InWEnt mit dem „Orientierungsrahmen Globale Entwicklung - Zusammenarbeit mit der Kultusministerkonferenz“ ein aktuelles Referenzcurriculum für die deutschen Schulen verabschiedet. Das Engagement der Schulen, z.B. bei dem Schulwettbewerb des Bundespräsidenten zur Entwicklungspolitik, ist besonders hervorhebenswert. Auch im Rahmen der VN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung werden zahlreiche Initiativen in ganz Deutschland unterstützt.
- Einbeziehung von Migrant/innen: Durch die Einbindung von Migrant/innen sowie deren Organisationen in die lokale Eine-Welt-Arbeit profitiert die Kommune nicht allein vom interkulturellen Know-how und den internationalen Kontakten der Migrant/innen. Diese Zusammenarbeit kann sich auch positiv auf die Integration dieser Mitbürger in die Gemeinde und das Zusammenleben innerhalb der Gemeinde auswirken. Darüber hinaus kann dies auch einen Mehrwert für internationale Aktivitäten und das internationale Profil der Kommune erbringen.
- Vernetzung lokaler Akteure: Auf kommunaler Ebene sind viele Nichtregierungsorganisationen entwicklungspolitisch aktiv. Da die Kommunen in Deutschland in der Regel selbst nur geringe Ressourcen für die kommunale Entwicklungspolitik haben, kommt der Vernetzung und Bündelung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten eine besondere Bedeutung zu. Gerade im Bereich der internationalen Kommunalbeziehungen spielen die Partnerschaftsvereine eine besondere Rolle und übernehmen zum Teil Aufgaben der Kommunen.

Wie in Kapitel 3 erwähnt, stellt die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) im europäischen Vergleich eine außergewöhnliche Institution dar. Als Service- und Beratungseinrichtung für Kommunen und Nichtregierungsorganisationen soll die SKEW im Rahmen der entwicklungspolitischen Informations- und Bildungsarbeit einen Beitrag zur Stärkung der Handlungskompetenz kommunaler deutscher Akteure in Kommunen und Nichtregierungsorganisationen leisten.

¹⁸ Informationen von der Internetseite www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de.



Quelle: Fröhlich/Lämmlin (2009)

Zentrale Themenfelder sind Migration und Entwicklung, Fairer Handel/faieres Beschaffungswesen und internationale kommunale Partnerschaften. Mit verschiedenen Projekten zu diesen Bereichen sollen deutsche Städte und Gemeinden in ihrem Engagement in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit und der Lokalen Agenda 21 unterstützt werden. Beispielhaft zu nennen sind hier:

Das Modellprojekt "Kommunale Dreieckspartnerschaften" zwischen Kommunen aus Deutschland, Frankreich und Burkina Faso. Im Rahmen dieses Projektes wurden von 2007 bis 2009 mit den Akteuren aus bereits bestehenden trilateralen Partnerschaften z.B. Workshops zu Themen wie dem aktuellen Dezentralisierungsprozess in Burkina Faso, den Strukturen kommunaler Entwicklungszusammenarbeit in Frankreich und den interkulturellen Implikationen der Zusammenarbeit mit den beiden Partnerländern durchgeführt.

Bei dem Projekt „South Africa 2010 – Germany 2006 ... let's stay friends“ geht es darum, den Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen den deutschen Austragungsstädten der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft (WM) 2006 in Deutschland und den neun Host-Cities der WM 2010 in Südafrika zu fördern.

Die Maßnahmen im Handlungsfeld "Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene" haben zum Ziel, entwicklungspolitisch aktive bzw. interessierte Migrant/innen aus Entwicklungsländern (bzw. Menschen mit Migrationshintergrund) und zentrale Akteure aus MSO mit Akteuren der kommunalen EZ gemeinsam in deutschen Kommunen zu qualifizieren, zu vernetzen und deren Zusammenarbeit zu fördern.

Die SKEW befindet sich in Trägerschaft der InWEnt gGmbH und ist im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) sowie der Mehrzahl der Bundesländer tätig. Mit ihrer breiten, im europäischen Vergleich einzigartigen Beteiligungsstruktur (Bund, Land, Kommunen, NRO) und ihren Serviceleistungen soll die SKEW auch einen Beitrag zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele leisten. Das Angebot der SKEW umfasst zum einen Publikationen, zum anderen Beratungen, Veranstaltungen und Wettbewerbe.

5. Auslandsaktivitäten im Rahmen von Städte- und Projektpartnerschaften aus Sicht der Kommunen

Wie in anderen europäischen Ländern sind auch deutsche Kommunen in vielfältiger Weise im Ausland entwicklungspolitisch aktiv. Neben den klassischen Kommunal- und Städtepartnerschaften bringen deutsche Städte, Gemeinden und Landkreise ihre Erfahrung und ihr Know-how auch durch ihre Mitgliedschaft in internationalen Netzwerken zu entsprechenden Themen ein.

Um das kommunale Know-how deutscher Kommunen zu nutzen, ist die GTZ eine Kooperation mit dem Deutschen Städtetag eingegangen. Vornehmliches Ziel ist die Förderung der kommunalen Selbstverwaltung in Entwicklungsländern als Beitrag der Demokratieförderung und in diesem Zusammenhang auch die Unterstützung und der Aufbau entsprechender Verbandsstrukturen in den Partnerländern. Zu diesem Zweck wurde eine Datenbank über Mitarbeiter deutscher Kommunen entwickelt, die als Berater zu den unterschiedlichen Themen im Rahmen von Projekten der technischen Zusammenarbeit eingebunden werden können. Verwaltet wird diese Datenbank vom Deutschen Städtetag. Die Einbindung kommunaler Projekte bzw. Partnerschaften in die technische Zusammenarbeit stellt eine weitere Möglichkeit der Zusammenarbeit der GTZ mit deutschen Kommunen dar.¹⁹ Beispielhaft zu nennen sind:

- Die Kooperation der GTZ mit der Stadt Stuttgart (Fachgebiete: Mobilität, Stadtplanung und Integration): Auf Nachfrage der Partnerkommunen der GTZ werden z.B. Kontakte zu den entsprechenden Ämtern in Stuttgart aufgebaut und Besuche organisiert.
- Die Zusammenarbeit der GTZ mit der Stadt Köln (u.a. Fachkräfteaustausch) im Rahmen des Projekts zur Jugendförderung in Chile (Interjoven) seit 1998.
- Die gemeinsame Erarbeitung eines nachhaltigen Tourismuskonzepts zwischen Heidelberg und Aleppo (Syrien) auf Initiative des GTZ – Projekts zur Altstadtsanierung in Aleppo (2002).

Mit diesen Beispielen sind zugleich besonders aktive, große Städte benannt, die nicht repräsentativ für das kommunale Auslandsengagement im Allgemeinen sind. Hierzu fehlen in Deutschland verlässliche Daten, denn es gibt keine einheitliche Berichtspflicht über die Auslandstätigkeiten der Kommunen. Die Kommunen können zwar freiwillig ihre Partnerschaften an die deutsche Sektion des CEMR melden. Dort werden die Informationen in Form einer Datenbank gesammelt und veröffentlicht; sie fließen außerdem in die Datenbank des *Observatorio de la Cooperación Descentralizada Local UE-AL* ein.²⁰ Die Aussagekraft der Daten ist durch diese freiwillige Regelung jedoch nur begrenzt (vgl. Kapitel 6).

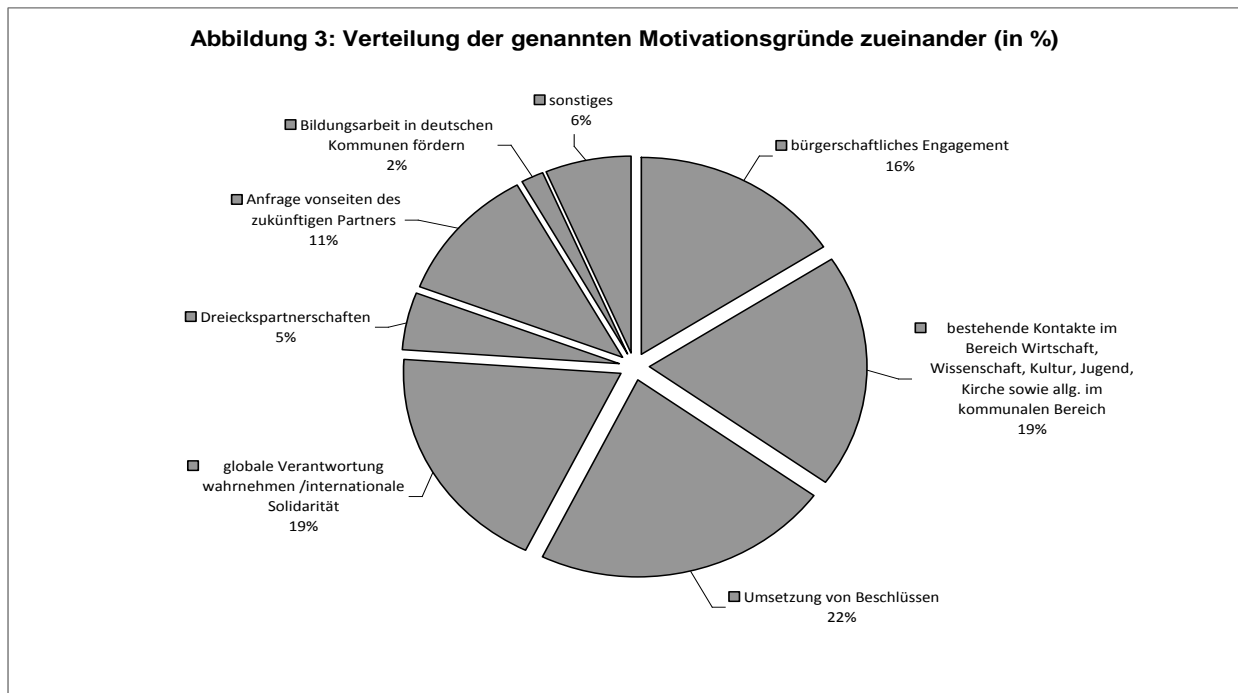
Daher dienen im Folgenden die qualitativen Ergebnisse der bereits genannten Befragung des DIE (Fröhlich/Lämmelin 2009) als Grundlage der Darstellung der Auslandsaktivitäten deutscher Kommunen. 58 % der in dieser Studie befragten Kommunen, die entwicklungspolitisch aktiv sind, geben an, im Ausland tätig zu sein. Die häufigste Form sind dabei die klassischen Kommunalpartnerschaften (41 %). Knapp ein Fünftel (17 %) der Auslandstätigkeiten sind lediglich Kontakte, also Verbindungen ohne förmliche Festigung. Weitere 17 % sind Projektpartnerschaften. „Freundschaften“ – laut CEMR (deutsche Sektion) Verbindungen, die auf Vereinbarungen beruhen, aber zeitlich begrenzt sind und/oder genau spezifizierte Projekte der Kooperation beinhalten – machen 11 % der Auslandstätigkeiten aus. Weitere 12 % der Auslandstätigkeiten erfolgen indirekt über Mitgliedschaften in Städtenetzwerken.

¹⁹ Im Auftrag des BMZ unterstützt die GTZ zudem das Städtenetzwerk Kaukasus (Laufzeit 2002-2009).

²⁰ Gemeldet werden können Städtepartnerschaften, Freundschaften, Kontakte und Projektpartnerschaften.

5.1 Inhalte und Motivation

Die Motivationen für die Gründung einer Partnerschaft sind äußerst vielfältig, doch lassen sich zwei große Blöcke zusammenfassen: Der erste Block sind Kommunen, bei denen mit 41 % entwicklungspolitische Motivationsgründe ausschlaggebend für die Aufnahme der Beziehungen waren. Hierbei lassen sich jeweils zur Hälfte zwei Gruppen zusammenfassen, und zwar die Kommunen, welche aus einer gewissen Selbstverpflichtung heraus agieren, um ihrer globalen Verantwortung gerecht zu werden und diejenigen, welche eher die Umsetzung von Beschlüssen mit entwicklungspolitischen Inhalten in den Vordergrund stellen.



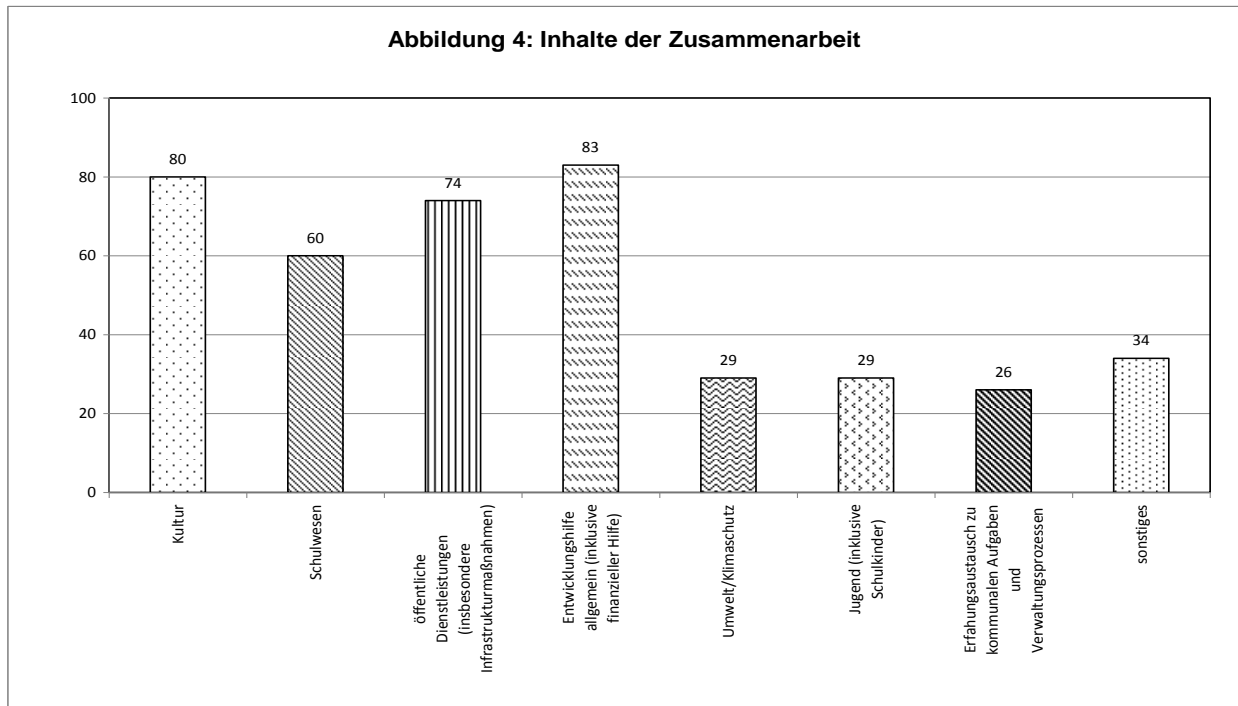
Quelle: Fröhlich/Lämmelin (2009)

Zu einem zweiten Block lassen sich mit 35 % die Antworten zusammenfassen, nach denen die Kommunen auf der Grundlage schon bestehender Partnerschaften und im Rahmen eines ausgeprägten bürgerschaftlichen Engagements Partnerschaften auf kommunaler Ebene institutionalisiert haben. Die bestehenden Kontakte finden annähernd gleich verteilt auf verschiedenen Ebenen statt: Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft, allg. im kommunalen Bereich, Jugend, Kirche sowie im humanitären Bereich. In 16 % der Fälle erfolgte der Anstoß nicht von der Kommune selbst, sondern von außen, z.B. im Zuge der Erweiterung einer bestehenden europäischen Städtepartnerschaft zu einer Dreieckspartnerschaft oder aufgrund einer Anfrage vonseiten des zukünftigen Partners. Selten wurden Partnerschaften gegründet bzw. institutionalisiert, um die Bildungsarbeit in der eigenen Kommune zu fördern, auch wenn die Bewusstseinsbildung der Einwohner letztendlich als Hauptmehrwert genannt wird.

Als Inhalte der Zusammenarbeit mit den Partnerkommunen werden die Themen Kultur (80 % der Kommunen), Bildung (60 % - insbesondere das Schulwesen, im Zuge von Schulprojekten in den Partnerregionen oder Schulpartnerschaften) sowie öffentliche Dienstleistungen (74 % - hauptsächlich Infrastrukturmaßnahmen) genannt (Mehrfachnennungen möglich). Diese stimmen mit denen, in der Literatur als typische und als geeignet angesehene Handlungsfelder für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit überein.²¹ Einen weiteren Block bilden entwick-

²¹ Vgl. Fröhlich/Lämmelin (2009)

lungspolitische Maßnahmen im Allgemeinen (83 %), die nicht konkreten Inhalten zugeordnet werden konnten, oder einen zu geringen prozentualen Anteil aufweisen, um noch einzeln aufgeführt zu sein. Weitere Maßnahmen finden sich im Bezug auf Umwelt- und Klimafragen (29 %), im Erfahrungsaustausch auf kommunaler Verwaltungsebene (einschließlich der Aus- und Fortbildung von Fachkräften für kommunale Themen) sowie im Jugendbereich (29 % - insbesondere Projekte mit Straßenkindern).



Quelle: Fröhlich/Lämmlin (2009)

5.2 Stärken, Erfolgsfaktoren und komparative Vorteile der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit

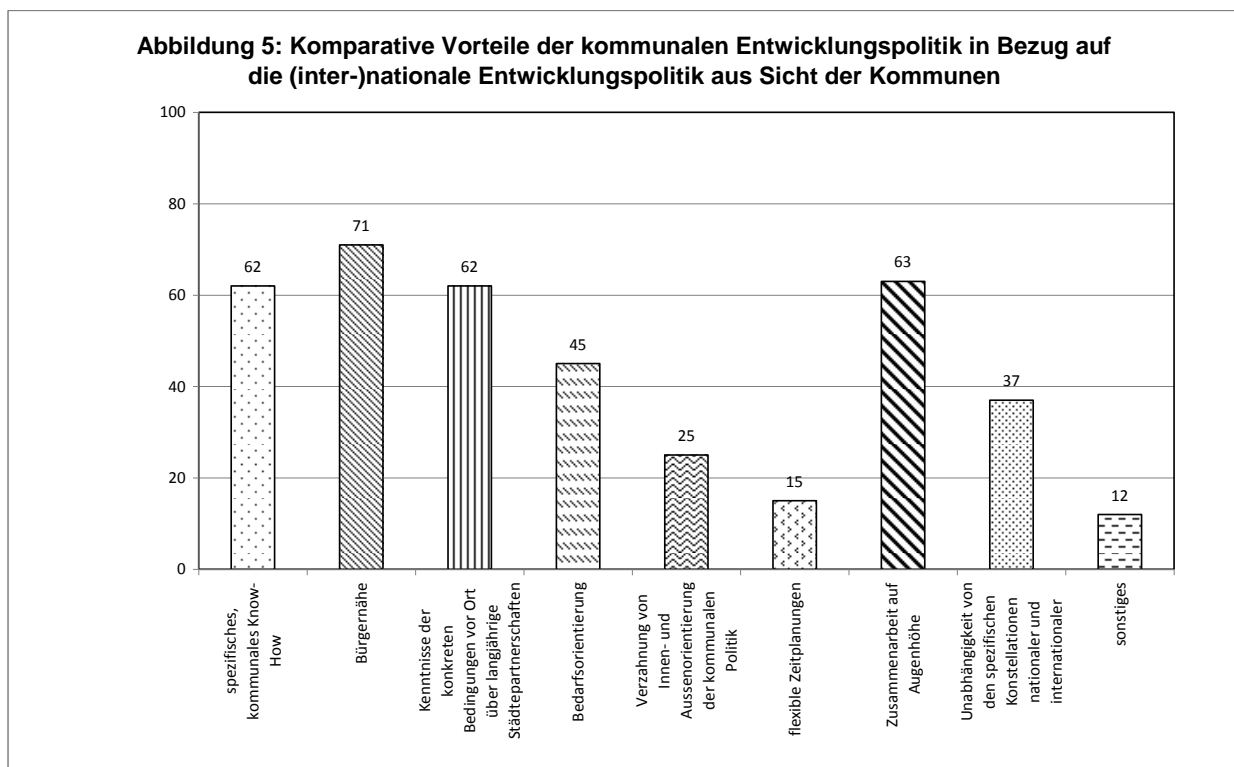
Zwei von den Kommunen bereits als wesentliche Motivationsgründe genannte Aspekte – das bürgerschaftliche Engagement und die bestehenden Kontakten – werden gleichzeitig als Erfolgsfaktoren für die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen gesehen. So benennt rund ein Fünftel (21 %) der Antwortenden die guten Kontakte in Verwaltung, Politik und Bürgerschaft als Erfolgsfaktoren und weitere 12 % schätzen die Unterstützung zumeist zivilgesellschaftlicher Akteure positiv für die Zusammenarbeit ein. Die bestehenden engen Kontakte sind häufig auch eine Folge langjähriger Zusammenarbeit, in der das gegenseitige Vertrauen gewachsen ist. Bezogen auf die wesentlichen Inhalte der Zusammenarbeit, die zumeist in primär kommunalen Aufgabenfeldern liegen (Bildung, Infrastruktur und Kultur), ist es nicht überraschend, dass Kommunen ihre Fachkompetenz (12 %) als Stärke ansehen. Ebenfalls äußern die Kommunen den Einbezug des Partners in die Projektplanung (8 %) als Erfolgsfaktor für eine erfolgreiche Zusammenarbeit, wodurch Kommunen, vielleicht auch ohne die Paris-Erklärung zu kennen, einen ihrer wesentlichen Aspekte (Partnerausrichtung) berücksichtigen.

Des Weiteren werden immer wieder die Besonderheiten der kommunalen Entwicklungspolitik als Stärke benannt (10 %). Diese Besonderheiten sehen die deutschen Kommunen insbesondere im gegenseitigen Kontakt auf Augenhöhe, in den langfristigen Kooperationen, aber auch in der projektbezogenen Zusammenarbeit innerhalb dieser Partnerschaften sowie in den direkten Kontakten zur Zivilbevölkerung. Auch der gegenseitige Erfahrungsaustausch (6 %) wird nicht

nur als Mehrwert der Partnerschaft, sondern auch als Antrieb für die weitere Zusammenarbeit beurteilt.

Dass schließlich das persönliche Engagement Einzelner in Verwaltung und Politik als Erfolgsfaktor hervorgehoben wird (7 %), lässt sich auf die untergeordnete Rolle der Entwicklungspolitik in der Kommunalpolitik zurückführen.

Weiterhin wird von 71 % der entwicklungspolitisch aktiven Kommunen als Hauptvorteil gegenüber (inter-)nationaler Entwicklungspolitik die Bürgernähe genannt, gefolgt von den gleich oft genannten Vorteilen (je 62 %) des spezifischen kommunalen Know-hows, der Kenntnis der konkreten Bedingungen vor Ort aufgrund der langjährigen Städtepartnerschaften sowie einer möglichen Zusammenarbeit auf Augenhöhe.



Quelle: Fröhlich/Lämmelin (2009)

Gerade im Hinblick auf einen Mehrebenen-Ansatz der staatlichen Entwicklungspolitik, in dem die Potenziale und komparativen Vorteile der verschiedenen Ebenen in den Vordergrund gestellt werden, um eine sinnvolle Arbeitsteilung zwischen den einzelnen politischen Ebenen, Bund, Länder und Kommunen, zu erreichen, ist diese Einschätzung von Bedeutung.

5.3 Schwächen und Schwierigkeiten

Im Vergleich zu den Erfolgsfaktoren nehmen die Kommunen die Schwächen ihrer Zusammenarbeit viel eindeutiger wahr. Als Kernproblem werden mangelnde Ressourcen gesehen, zumeist finanzieller Natur (28 %), aber auch fehlende personelle Kapazitäten (15 %) werden genannt. Weitere häufig genannte Hindernisse beziehen sich auf strukturelle Probleme der Partnerschaft, wie z.B. die geografische Distanz, sprachliche Probleme und kulturelle Unterschiede sowie auf die strukturelle Situation in der Partnerkommune (z.B. ständig wechselnde Ansprechpartner).

5.4 Mehrwert für die eigene und die Partnerkommune

Der Mehrwert der kommunalen Entwicklungspolitik, welche die deutschen Kommunen für sich selbst sehen, ist relativ vielschichtig, der Hauptvorteil für die eigene Kommune wird von 21 % der antwortenden Aktiven in der Bewusstseinsbildung der eigenen Bevölkerung gesehen. Danach werden mit jeweils 16 % zwei weitere Gründe benannt: der Beitrag zur Bewältigung globaler Herausforderungen und der Erfahrungsaustausch zwischen den Partnern.

Im Gegensatz zu den eigenen Mehrwerten benennen die deutschen Kommunen die Mehrwerte für die Partnergebietskörperschaften weitaus eindeutiger: So wird der wesentliche Mehrwert mit 47 % in der Verbesserung der Lebenssituation vor Ort, also in der konkreten Entwicklungs- und/oder Soforthilfe gesehen. Aufgezählt werden an dieser Stelle greifbare bzw. messbare Ergebnisse wie der Bau einer Schule, der Aufbau von Verwaltungsstrukturen oder öffentliche Dienstleistungen im Allgemeinen. Aber auch die Stärkung der Zivilgesellschaft und die Friedens- und Demokratieförderung sind Aspekte, die in diesem Zusammenhang genannt wurden. An zweiter Stelle wird der Erfahrungsaustausch als Mehrwert für die Partnerkommune benannt (25 %), welcher insbesondere auf die Nutzung der an den Partner weitergegebenen Kompetenzen der deutschen Kommunen bezogen wird. Alle weiteren Mehrwerte haben einen weitaus geringeren Anteil (zwischen fünf und zwei Prozent).

6. Die Entwicklungszusammenarbeit deutscher Kommunen mit lokalen Gebietskörperschaften Lateinamerikas

Zurzeit gibt es über 12.600 Kommunen in Deutschland, die nach Abgaben der deutschen Sektion des RGRE über insgesamt 5.088 offizielle Kommunalpartnerschaften verfügen.²² Mit Abstand wichtigstes Partnerland ist Frankreich: 1.999 offizielle deutsch-französische Kommunalpartnerschaften sind nach dem Zweiten Weltkrieg aufgebaut worden. Weitere 460 Partnerschaften entfallen auf Großbritannien und 366 auf Polen, also ebenfalls ehemalige Kriegsgegner Deutschlands. Damit sind zentrale Motive angesprochen, nämlich Aussöhnung und Völkerverständigung, die vor allem in den 1960er und 1970er Jahren im Vordergrund der Partnerschaftsarbeit deutscher Kommunen standen.

Demgegenüber ist die Zahl der Partnerschaften ins außereuropäische Ausland mit insgesamt rund 400 vergleichsweise gering. Zieht man davon noch die Partnerschaften zu Industrieländern wie USA und Japan ab, verbleiben für die so genannten Entwicklungspartnerschaften mit Kommunen in Afrika, Asien und Lateinamerika nur rund 200. Unter diesen drei Regionen bildet Lateinamerika mit 36 Partnerschaften zu deutschen Kommunen das Schlusslicht.²³ Selbst wenn man die loseren Beziehungen wie „Freundschaften“ (7) und „Kontakte“ (11) hinzurechnet,²⁴ ist die Gesamtzahl der bestehenden Beziehungen mit 54 gering. Die deutschen Städte, Gemeinden und Landkreise haben also die Länder Mittel- und Südamerikas bislang noch kaum für sich entdeckt (mit Ausnahme Nicaraguas, worauf noch näher eingegangen wird). Das widerspricht zwar dem in Lateinamerika insgesamt vorherrschenden sehr positiven Bild von und dem großen Interesse an Deutschland, stimmt aber andererseits mit dem vergleichsweise geringen Stellenwert Lateinamerikas für die deutsche Außenbeziehungen und insbesondere die deutsche Außenpolitik überein.²⁵ Demgegenüber gibt es im Bereich der Zivilgesellschaft und bei den Schulen in Deutschland eine Vielzahl langjähriger, intensiver Beziehungen zu Partnern in Lateinamerika, die zwar nicht Gegenstand der vorliegenden Betrachtung sind, aber künftig für einen Ausbau der Kommunalbeziehungen genutzt werden könnten.

Zur Einordnung der deutsch-lateinamerikanischen Kommunalbeziehungen ist ein Vergleich mit anderen europäischen Ländern hilfreich, der zugleich auch die Bedeutung von Kolonialbeziehungen und Auswanderung aus Europa bis in die Gegenwart deutlich macht. So bestehen laut Datenbank des *Observatorio* zwischen Spanien und Lateinamerika 462 Beziehungen lokaler und regionaler Gebietskörperschaften, davon allein 86 mit Nicaragua, 74 mit Cuba und 71 mit Argentinien. Im Falle Italiens sind es insgesamt 271 Beziehungen (davon 142 mit Argentinien und 43 mit Brasilien), bei Frankreich 148 (davon 55 mit Brasilien) und bei Portugal 59, wovon 49 auf Brasilien entfallen. Die Beziehungen spanischer, aber auch italienischer und französischer Gebietskörperschaften mit Lateinamerika sind damit wesentlich umfangreicher als die der deutschen Kommunen.

Zum Teil hat dies formale bzw. statistische Gründe, auf die zum besseren Verständnis hier kurz eingegangen werden soll: Der Datenbestand der einzigen bundesweiten Datenquelle zu Kommunalpartnerschaften – die Datenbank der deutschen Sektion des RGRE – beruht im Unterschied zu anderen europäischen Ländern auf freiwilligen Angaben der deutschen Kommunen.²⁶ Da bei weitem nicht alle Kommunen ihre Eintragungen in der Datenbank regelmäßig aktualisie-

²² Als Quelle für die nachfolgende Auswertung zu bestehenden Kommunalpartnerschaften diene – soweit nicht anders angegeben – die zentrale Datenbank des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, unter www.rgre.de, Stand: 31.1.2009.; vgl. auch Spengler (2009).

²³ Die zugrunde liegenden Zahlen der RGRE-Datenbank (und damit auch der Datenbank des Observatorio) sind zwar etwas höher – vgl. auch Spengler (2009): 41 Partnerschaften – für den vorliegenden Beitrag wurden diese aber um Mehrfachnennungen und offensichtlich falsche Einträge korrigiert.

²⁴ Die deutsche RGRE-Datenbank unterscheidet für Kommunalbeziehungen die drei Kategorien Partnerschaft, Freundschaft und Kontakt.

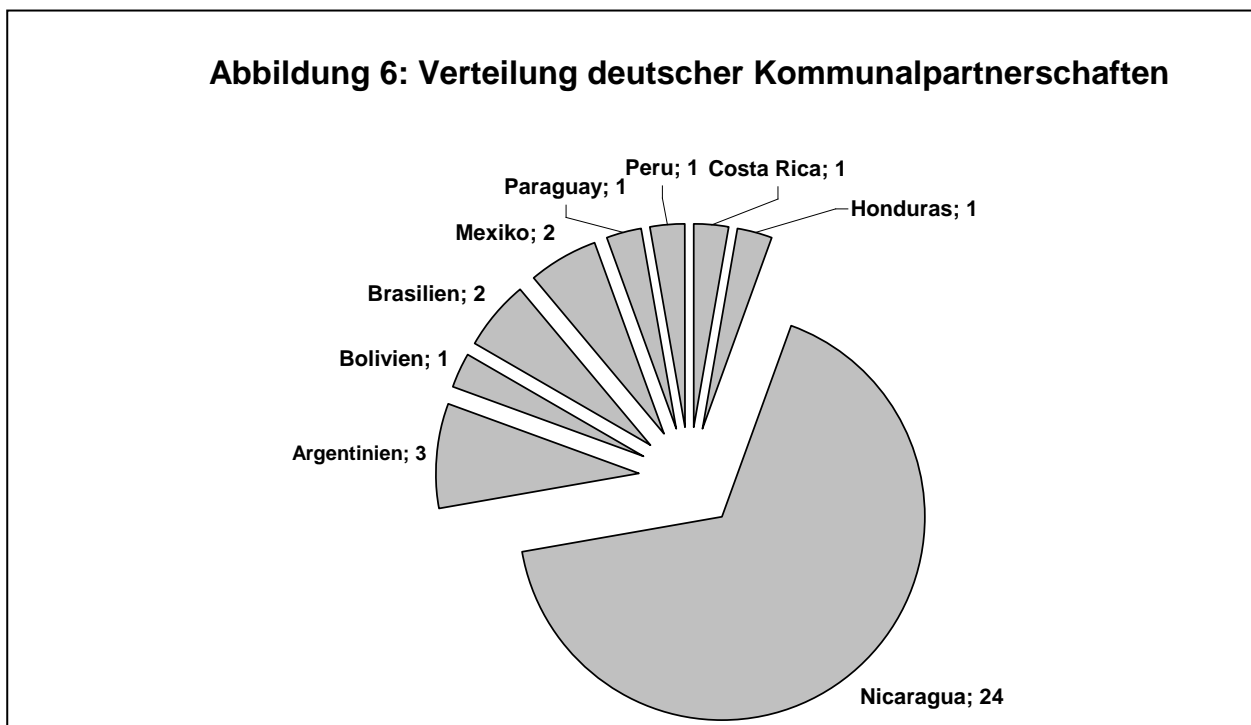
²⁵ Vgl. Wilhelmy (2010).

²⁶ Vgl. dazu Wilhelmy u.a. (2007).

ren, ist der Datenbestand zum Teil veraltet, zum Teil lückenhaft und die Zahlen daher tendenziell geringer als die tatsächliche Anzahl deutscher Kommunalbeziehungen. Ein zweiter Aspekt ist, dass sich die deutschen Zahlen nur auf die Kommunen beziehen und die Bundesländer nicht berücksichtigen. Die Datenbank des *Observatorio* wie auch die Datenbanken anderer Länder beziehen dagegen auch andere subnationale Ebenen wie Regionen und Departments mit ein. Dieser Effekt ist jedoch bezüglich Lateinamerika generell zahlenmäßig zu vernachlässigen: Auch wenn man zum Vergleich den Wert zu Deutschland aus der Datenbank des *Observatorio* heranzieht, ist dieser mit 65 Beziehungen (inklusive der auf Ebene der Bundesländer bzw. Wirtschaftskammern bestehenden „Kontakte“) im europäischen Vergleich gering. Auch sind die deutschen Bundesländer bislang kaum Partnerschaften eingegangen; die Länderpartnerschaften Nordrhein-Westfalen mit Ghana und Rheinland-Pfalz mit Ruanda sind hier die Ausnahme und beziehen sich auf Afrika; vergleichbares zu Lateinamerika besteht bislang nicht. Die Hauptgründe für das geringe Interesse der deutschen Kommunen wie auch der Bundesländer sind damit nicht statistischer sondern realer, insbesondere politischer und historischer Natur.

Da die Kategorien „Freundschaft“ und „Kontakt“ tendenziell eher lockerere Formen interkommunaler Beziehungen darstellen, bezieht sich die nachfolgende Betrachtung ausschließlich auf die 36 in der RGRE-Datenbank verzeichneten „Partnerschaften“ von deutschen und lateinamerikanischen Kommunen.²⁷ Andererseits zeigen Beispiele wie die so genannte „Städtesolidarität“ zwischen Aschaffenburg (Bayern) und Villavicencio (Kolumbien): Es gibt viele Beziehungen, die sehr aktiv sind, die aber nicht den Status einer Kommunalpartnerschaft haben und auch nicht in der RGRE-Datenbank verzeichnet sind. Hinreichende Informationen liegen jedoch nur für Partnerschaften aus der RGRE-Datenbank vor. Aufgrund der bisherigen Erfahrungen kann zudem davon ausgegangen werden, dass sich daraus in der Tendenz auch verallgemeinerbare Aussagen zu den deutsch-lateinamerikanischen Kommunalbeziehungen ableiten lassen

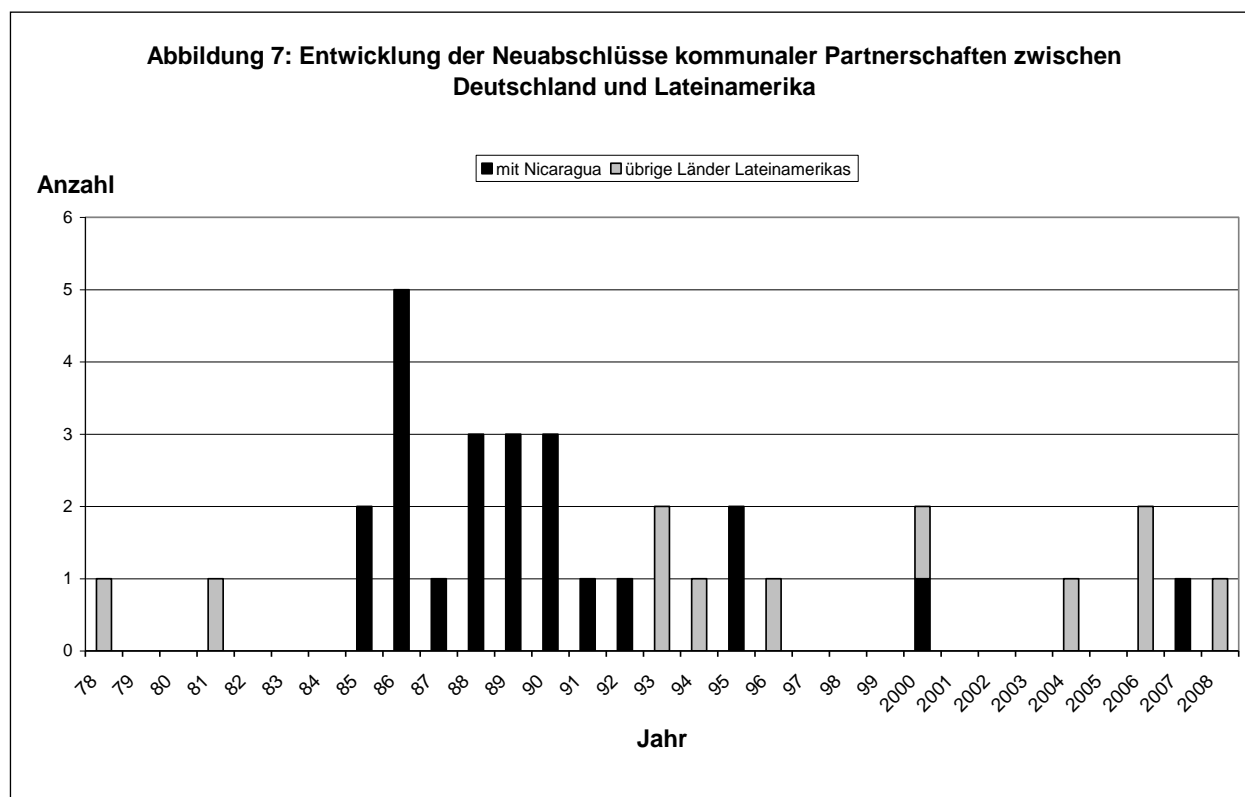
Wie aus Abbildung 6 hervorgeht, konzentrieren sich zwei Drittel der deutschen Kommunalpartnerschaften auf Nicaragua (24); die übrigen zwölf verteilen sich relativ gleichmäßig auf acht weitere lateinamerikanische Länder.



Quelle: Wilhelmy, eigene Auswertung auf Grundlage der Datenbank des RGRE

²⁷ Gerade bei „Kontakten“, die vor Jahren oder Jahrzehnten begründet, aber nie zu Freundschaften oder Partnerschaften ausgebaut wurden, stellt sich generell die Frage, wie intensiv der Austausch zwischen den beteiligten Kommunen bzw. Ländern tatsächlich ist – auch wenn man das abschließend natürlich immer nur im Einzelfall beurteilen kann.

Diese Sonderstellung Nicaraguas lässt sich auch bei anderen europäischen Ländern beobachten.²⁸ Zumindest für Deutschland ist davon auszugehen, dass vielen dieser Partnerschaften in ihrer Entstehungszeit eine außenpolitische Haltung der kommunalen Akteure zu Grunde lag, die derjenigen der damaligen konservativen Bundesregierung zuwiderlief.

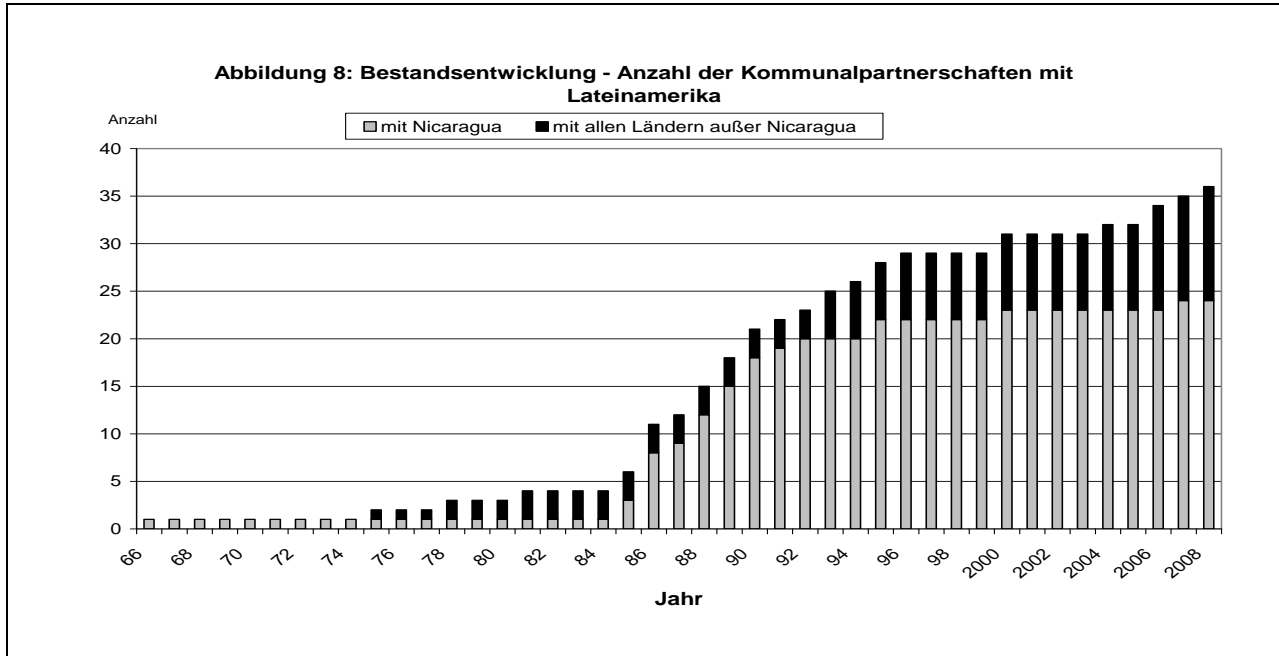


Quelle: Wilhelmy, eigene Auswertung auf Grundlage der Datenbank des RGRE

Von den 24 mit Nicaragua bestehenden deutschen Kommunalpartnerschaften sind 19 in den Jahren 1985 bis 1992 begründet worden (vgl. Abbildung 7). Während die offizielle Außenpolitik Deutschlands damals die antisandinistische Politik der US-Regierung unterstützte, kann man den kommunalen Akteuren in dieser Zeit unterstellen, dass sie mit der Partnerschaft ihre Solidarität mit den Menschen und zum großen Teil sicher auch mit den politischen Zielen der sandinistischen Regierung bekunden wollten. Die Partnerschaft zwischen Berlin und San Rafael del Sur in Nicaragua war 1966 die erste und bis 1975 auch die einzige Kommunalpartnerschaft zwischen Deutschland und Lateinamerika. Bis zum Beginn des kommunalen „Nicaragua-Booms“ 1985 entstanden insgesamt nur vier Kommunalpartnerschaften; neben der genannten von Berlin waren dies 1975 Weingarten (Baden-Württemberg) mit Blumenau in Brasilien, Hamm (Nordrhein-Westfalen) mit dem mexikanischen Mazatlan im Jahr 1978 und Sigmaringendorf (Baden-Württemberg) mit Rafaela in Argentinien 1981.

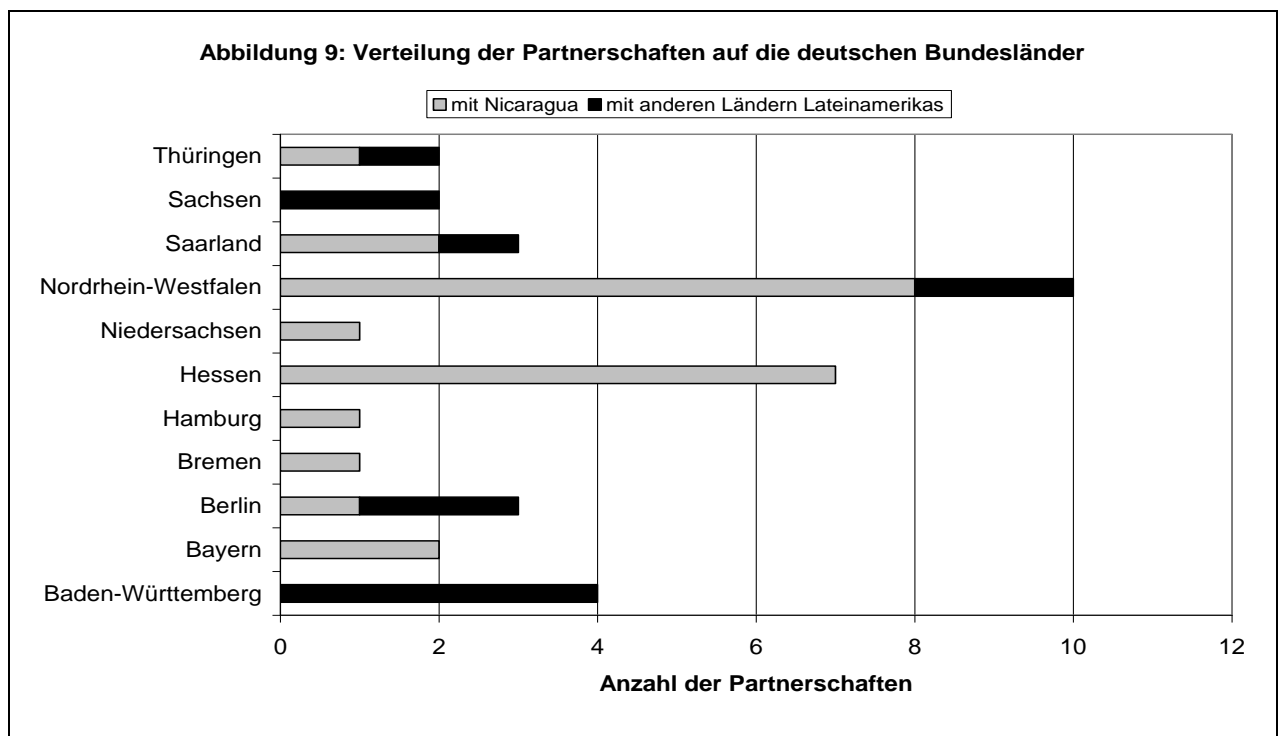
²⁸ Die Datenbank des *Observatorio* verzeichnet z.B. für Spanien 218 Beziehungen (also nicht nur Partnerschaften), für die Niederlande 21 Beziehungen.

Wie Abbildung 8 verdeutlicht, wurde die Mehrzahl der bestehenden Kommunalpartnerschaften in den zehn Jahren von 1985 bis 1995 geschlossen. Seit Mitte der 1990er Jahre kamen nur noch vereinzelte Partnerschaftsabkommen hinzu. Erst seit 2006 ist wieder ein leichter, kontinuierlicher Zuwachs zu verzeichnen, was auf ein wieder wachsendes Interesse der deutschen Kommunen an Lateinamerika hindeuten könnte.



Quelle: Wilhelmy, eigene Auswertung auf Grundlage der Datenbank des RGRE

Auch innerhalb der insgesamt 16 deutschen Bundesländer ist eine deutliche Konzentration der Partnerschaften auf die großen Flächenländer Westdeutschlands zu erkennen:



Quelle: Wilhelmy, eigene Auswertung auf Grundlage der Datenbank des RGRE

Fast die Hälfte aller Lateinamerika-Partnerschaften und zwei Drittel der Partnerschaften mit Nicaragua entfallen auf Kommunen aus Nordrhein-Westfalen (zehn, davon acht mit Nicaragua) und Hessen (sieben, alle mit Nicaragua). Sie entstanden ganz überwiegend in der Zeit von 1985 bis 1992, als in diesen beiden Bundesländern sowohl in den Rathäusern als auch auf Landesebene die sozialdemokratische Partei dominierend war.

Von den 13 deutschen Flächenländern bestehen nur aus acht Ländern Kommunalpartnerschaften nach Lateinamerika. Nicht oder nur in sehr geringem Umfang sind Kommunen aus den fünf östlichen Bundesländern (nur Thüringen und Sachsen mit jeweils zwei Partnerschaften) sowie dem nördlichen Teil Deutschlands vertreten. Auffällig ist, dass sich diese Verteilung auch bei der Beteiligung der Städte und Gemeinden dieser Bundesländer an kommunalen Nachhaltigkeitsprozessen (insbesondere der Lokalen Agenda 21) sowie der Unterstützung dieses Engagements durch die jeweiligen Bundesländer nachweisen lässt.²⁹

Als durchgängige, immer wiederkehrende Themen, die in den Kommunalpartnerschaften mit Lateinamerika behandelt werden, sind insbesondere Bildung, kultureller Austausch und Wasser zu nennen. Bei den Partnerschaften mit Nicaragua und Honduras spielten in der Vergangenheit auch die Humanitäre Hilfe und der Wiederaufbau nach dem Hurrikan Mitch eine besondere Rolle. Genannt werden in diesem Kontext häufig die Bereiche kommunale Infrastruktur, Energie/Elektrifizierung, Trink- und Abwasser sowie Abfallentsorgung und Wohnungsbau.

Neben den Aktivitäten der Kommunalverwaltung wird in den einzelnen Partnerschaften sehr viel ehrenamtliches und bürgerschaftliches Engagement geleistet. Häufig werden diese in Deutschland sogar hauptsächlich von den Partnerschaftsvereinen getragen. Es sind jedoch auch einige Defizite festzustellen.

Drei sollen hier genannt werden:

1. Die kommunalen Aktivitäten sind bislang kaum mit den Lateinamerika-Aktivitäten der Bundesregierung, insbesondere des BMZ und den entwicklungspolitischen Durchführungsorganisationen verbunden.
2. Es gibt bislang keinen regelmäßigen Erfahrungsaustausch der in Lateinamerika aktiven deutschen Kommunen.
3. Es finden darüber hinaus nur sehr selten ein Erfahrungsaustausch und eine Vernetzung mit europäischen Kommunen statt, die sich ebenfalls in Lateinamerika mit Partnerschaften engagieren. Hierzu werden in Kapitel 7 einige Vorschläge zur Weiterentwicklung formuliert.

²⁹ Wilhelmy (2006)

7. Perspektiven - Die internationale Diskussion zur Wirksamkeit der Entwicklungshilfe und die kommunale Entwicklungspolitik

Die Paris-Erklärung aus dem Jahre 2005³⁰ sowie die *Accra-Agenda for Action 2008*³¹ zur Steigerung der Effektivität der Entwicklungszusammenarbeit sind bindend für Geber- und Nehmerländer sowie für die internationalen Organisationen, welche die Erklärung unterzeichnet haben, darunter auch Deutschland. Die fünf Prinzipien der Paris-Erklärung zur Steigerung der Effektivität der Entwicklungszusammenarbeit – Harmonisierung, Eigenverantwortung, Partnerausrichtung, Ergebnisorientierung und gegenseitige Rechenschaftspflicht – beziehen sich auf das Zusammenwirken von Gebern und Nehmern.

7.1 Harmonisierung der entwicklungspolitischen Aktivitäten verschiedener Ebenen – Die Rolle der Kommunen

Gestützt auf die Paris-Erklärung ist es u.a. Aufgabe der multilateralen und bilateralen Entwicklungspolitik, eine Harmonisierung der Verfahren und Modalitäten der Hilfe zwischen den einzelnen Gebern zu erreichen. Während diese Zielsetzung auf EU-Ebene fest verankert ist und vom BMZ als Leitsatz der eigenen politischen Agenda angenommen wurde,³² bleibt zu fragen, wie eine solche Aufgabenteilung innerstaatlich organisiert werden kann und wie dabei die jeweiligen Stärken genutzt werden können.

Betrachtet man die Kommunen als eigenständige entwicklungspolitische Akteure neben den Ländern und dem Bund, sollte also auch eine Harmonisierung der Entwicklungspolitik zwischen diesen staatlichen bzw. substaatlichen Akteuren angestrebt werden. Um diese möglichst effizient zu gestalten, sollten die jeweiligen komparativen Vorteile der verschiedenen Ebenen berücksichtigt und optimal genutzt werden. Im Rahmen der genannten Studie des DIE wurden daher die folgenden Handlungsfelder und -empfehlungen für die kommunale Ebene als Grundlage einer Harmonisierung der entwicklungspolitischen Akteure aufseiten des Bundes, der Länder und der Kommunen herausgearbeitet (Fröhlich/Lämmlein 2009):

Inlandsaktivitäten:

- *Informations- und Bildungsarbeit als wesentlicher Schwerpunkt;*
- *Forderung und Förderung des entwicklungspolitischen Engagements der verschiedenen Akteure innerhalb einer Kommune (NROs, Kirche, Unternehmen, Schulen etc.) durch Vernetzung, Koordination und Unterstützung ihrer Aktivitäten (einschließlich der Zusammenarbeit mit Migranten-/innen und Migrantenvereinen, um deren Know-how in die kommunale Entwicklungspolitik zu integrieren);*
- *Faires und umweltfreundliches Beschaffungswesen im Sinne der Kohärenz der Kommunalpolitik.*

Auslandsaktivitäten:

- *Konzentration auf fachliches Know-how zur Bereitstellung und Verbesserung kommunaler Dienstleistungen im Rahmen ihrer Partnerschaften mit Gebietskörperschaften in Entwicklungsländern, um somit einen wesentlichen Beitrag zur kommunalen Selbstverwaltung der Partnerkommunen zu leisten;*
- *Teilnahme in entsprechenden internationalen Netzwerken und Austausch ihrer Verwaltungsfachangestellten zum Erfahrungsaustausch;*

³⁰ Resultat des 2. High Level Forum on Aid Effectiveness des OECD/DAC

³¹ Resultat des 3. High Level Forum on Aid Effectiveness des OECD/DAC

³² Zu nennen ist hier der "Code of Conduct" der EU. Als deutsche Antwort darauf können Reformen des BMZ zur Bildung regionaler Schwerpunkte, zur Intensivierung des Dialogs mit Partnerländern und Gebern, zur Konzentration auf wenige Schwerpunktstrategien und zur Stärkung der instrument- und geberübergreifenden Programmansätze gesehen werden.

- *Einbezug des zivilgesellschaftlichen Engagements lokaler NROs sowie Förderung und Koordination der verschiedenen Akteure im Rahmen kommunaler Auslandsprojekte.*

In diesen Handlungsfeldern können die Kommunen komparative Vorteile vorweisen, die sie in einen Mehrebenen-Ansatz von Bund, Ländern und Kommunen verstärkt einbringen (können) sollten, um die entwicklungspolitischen Tätigkeiten der anderen Ebenen zu ergänzen. Die Bundesländer könnten sich neben der Informations- und Bildungsarbeit im Inland auf die entwicklungsländerbezogene Forschung und die wissenschaftlich-technologische Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern konzentrieren. Ebenso wie die Kommunen können sie ihr spezifisches Know-how über die Entsendung von Personal in die deutsche Entwicklungszusammenarbeit einbetten und über ihre Partnerschaften mit Gebietskörperschaften in Entwicklungsländern ihre Inlandsarbeit mit Auslandsaktivitäten verknüpfen und somit in Deutschland die Entwicklungszusammenarbeit konkret erfahrbar machen (vgl. Wiemann 2008).

7.2 Qualitätsdiskussion³³

Besonders die unübersichtliche, häufig nicht untereinander abgestimmte oder mit andern Gubern vor Ort koordinierte Vielzahl von kommunalen Projekten auf Mikroebene, die keiner übergeordneten Qualitätskontrolle unterliegen, haben in der professionellen Entwicklungszusammenarbeit Zweifel an Nutzen und Effektivität entwicklungsbezogenen Kommunalengagements geweckt. Diesen Zweifeln sollte man auch in Deutschland gerade dadurch begegnen, die Diskussion um Qualitätsstandards aufzunehmen und nach Wegen zu suchen, sie in der dezentral organisierten kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu implementieren. Dadurch könnte Deutschland entwicklungspolitisch zu Ländern wie Frankreich, Spanien und die Niederlande aufschließen, in denen die kommunale Ebene sehr viel stärker in die nationale Entwicklungszusammenarbeit und ihre Qualitätsstandards einbezogen ist.

Im nächsten Abschnitt wird daher ein kurzer Überblick gegeben, welche Möglichkeiten denkbar sind, die Qualität des entwicklungspolitischen Engagements deutscher Kommunen zu überprüfen und zu verbessern. Als Voraussetzung für eine Qualitätssteigerung ist u.a. die Akzeptanz und Berücksichtigung internationaler Vereinbarungen (Paris Erklärung, Millenniumsentwicklungsziele, etc.) im Rahmen kommunaler Entwicklungspartnerschaften zu sehen. Besonders um die Kriterien der Paris Erklärung bei der entwicklungspolitischen Arbeit berücksichtigen zu können, müssen nicht nur grundlegende Veränderungen der kommunalen Entwicklungspolitik überlegt werden (finanzielle Planungssicherheit, Evaluierung der Projekte auf einheitlicher Basis), sondern es sollte möglicherweise auch eine „Paris-Erklärung für die kommunale Ebene“ (ähnlich der Millenniumserklärung der Kommunen) entwickelt werden, die den Kapazitäten und Ressourcen der Kommunen entspricht und diese in die internationale Zusammenarbeit konkret einbindet. Damit könnten den Kommunen weitere Kriterien an die Hand gegeben werden, wie sie ihre Aktivitäten und ihr Engagement im Bereich der Entwicklungspolitik zielorientiert und effizient einbringen können: Durch die Einhaltung von Prinzipien wie Eigenverantwortung und Partnerausrichtung, von Managementregeln wie Transparenz und Ergebnisorientierung sowie bereits bei der Vorhabenplanung die verstärkte Abstimmung und Kooperation mit anderen Akteuren im selben Tätigkeitsfeld können damit die Grundlagen für eine qualitative Zusammenarbeit gelegt werden.

Weiterhin sollten die entwicklungspolitisch aktiven Kommunen den Strukturwandel in den Partnerkommunen „wirksam“ unterstützen. So sollten zum Beispiel Vorhaben der Zusammenarbeit aufgrund des Städtewachstums und dem Zugewinn an Kompetenzen der kommunalen Verwaltungen nicht mehr allein auf den Absprachen mit zivilgesellschaftlichen Trägern aus der Kommune im Süden beruhen, wenn dort eine demokratisch legitimierte Stadtführung existiert. Auch sollten Vorhaben und Vorgehensweisen auf rapide Strukturveränderungen in Stadtquartieren reagieren und dort auftretende neue Problemlagen und neue Stakeholder berücksichtigen. Der Beschluss der Ministerpräsidenten zur Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer (und

³³ Vgl. hierzu auch: Held/Nitschke/Wilhelmy (2009)

damit auch der Kommunen) vom Oktober 2008 sowie die aktuelle Diskussion über ein neues Finanzierungsmodell für kommunale Entwicklungszusammenarbeit geben Anlass zu der Hoffnung, dass Deutschland künftig dem Beispiel anderer europäischer Länder folgt und die kommunale Ebene stärker in die nationale Entwicklungszusammenarbeit einbindet. Die deutschen Kommunen sollten daher darauf vorbereitet sein, dass mit einer möglichen Förderung unweigerlich auch Forderungen verbunden sind: Forderungen an die Qualität der geförderten Projekte und die Einhaltung bestimmter Bedingungen (z.B. Einbezug vieler Akteure). Das kann den deutschen Kommunen auch bei der Beantragung von EU-Fördermitteln zu Gute kommen.

7.3 Ansätze für mögliche Kriterien der Qualitätskontrolle und Qualitätssteigerung

An den oben genannten Prinzipien und Managementregeln kann man sich orientieren um im Vorhinein für erhöhte Qualität der Vorhaben zu sorgen. Das kostet zunächst Know-how und Engagement, nicht unbedingt Geld. Es liegt nahe, dass eine Verankerung dieser Prinzipien am praktikabelsten und verbindlichsten über die *vertraglichen Kooperationsvereinbarungen*, das jeweilige Memorandum of Understanding, den Letter of Intend etc. zwischen den Städten erfolgen kann. Die Erarbeitung oder Bekanntmachung von entsprechenden Musterverträgen wäre daher eine sinnvolle Maßnahme.

Die Einführung von Qualitätskriterien wie Partnerorientierung wird den Kommunen erhöhte konzeptionelle Flexibilität im Interesse der südlichen Partner abverlangen. Insgesamt beschränken die Vorgaben zur Abstimmung, Kooperation und Kohärenz zudem die bisherige Unabhängigkeit der Partnerschaften von der übrigen Entwicklungszusammenarbeit. Auch die Orientierung an internationalen Beschlüssen, nationalen Entwicklungsstrategien (zum Beispiel Poverty Reduction Strategy Papers) und bilateralen Schwerpunktsetzungen hat dann einen verbindlichen Charakter.³⁴

Qualität müssen vor allem der Output und der Outcome der Partnerschaftsarbeit aufweisen. Dies erfordert die Einführung von Managementinstrumenten zur Messung und Steuerung, um auf Grundlage vorheriger Zielvereinbarungen den Beitrag der kommunalen Projekte beurteilen zu können. Es geht also um die Abschätzung der Wirkung. Die muss sich bei einer Städtepartnerschaft jedoch auf ein ganzes Set von Aktivitäten zwischen den Ländern (z.B. Austauschprogramme für Schüler, Delegationsreisen von Kommunalpolitikern, kleine Entwicklungsprojekte etc.) und im Inland (z.B. Aktivitäten der Partnerschaftsvereine, Interaktion mit anderen kommunalen Einrichtungen etc.) beziehen.

Gerade im Inlandsbereich sind häufig wertgestützte Ziele wie entwicklungspolitische Bildung, internationale Solidarität und Völkerverständigung anzutreffen. Die Überprüfung und Messung der Zielerreichung ist in diesen Bereichen jedoch sehr schwierig. Steigende Mitgliederzahlen bei den Partnerschaftsvereinen, hohe Spendenaufkommen, Absatzzahlen von in der Kommune angebotenen Fair Trade Produkten oder per Umfragen festzustellendes steigendes Interesse für Eine-Welt-Themen könnten Ansätze für geeignete Indikatoren zur Wirkungsmessung innerhalb der deutschen Kommunen sein. Gerade die Organisationsentwicklung, die Optimierung von Arbeitsabläufen etc. in den oft ehrenamtlich geführten Vereinen, also institutionelles Lernen, sind weitere zentrale Aspekte für die Evaluation. Verbunden mit der Suche nach den geeigneten Indikatoren steht auch die Frage nach Wirkungsketten, beispielsweise der Wirkung von Partnerschaftsarbeit auf entwicklungspolitische Bildung und andersherum. Hierzu gibt es allerdings bislang nur wenige Erhebungen.

Im Falle einzelner Projekte im Auslands- wie im Inlandsbereich ist die Suche nach Qualitätskriterien einfacher. Hier geht es vor allem im Vorhinein um die Benennung und Operationalisierung messbarer strategischer Ziele des Projektes, die dann evaluiert werden können. Projektbezogene Evaluationen sind von Nöten, auch wenn sie die Kapazitäten ehrenamtlich tätiger Kommunalakteure derzeit bisweilen überfordern werden. Da es aber mittlerweile große Erfahrung bei der entwicklungsbezogenen Projektevaluation gibt, ließe sich mit gezielten Capacity Build-

³⁴ Zu möglichen Ansätzen für die deutschen Kommunen siehe: Held/Wilhelmy (2009)

ding-Maßnahmen für Kommunalakteure gewiss schnell eine sichtbare Verbesserung erreichen: Wirkungsabschätzungen in Einzelfällen können z.B. herausfinden, wie viele Schüler/innen von neuem Schulmaterial, einer neu gebauten Schule oder einem neu eingestellten Lehrer in einer afrikanischen Kommune profitiert haben. Darüber hinaus ist es überaus wichtig, Evaluation und Qualitätskontrolle als positive Instrumente des Lernens und der Weiterentwicklung für die kommunale Entwicklungszusammenarbeit zu vermitteln.

Um weiterhin in die Vielzahl und Vielfalt kommunaler Nord-Süd-Projekte Licht und Struktur zu bringen, um etwa die gesamten entwicklungsrelevanten Wirkungen von deutschen Städtepartnerschaften in einem gewissen Land und/oder einem gewissen Sektor herauszustellen, brauchte man eine verbindliche Datenbank, in die deutsche Kommunen die Vorhaben, Ziele und Wirkungen ihrer Partnerschaftsarbeit eintragen. Dadurch könnten Synergieeffekte zwischen den Kommunen selbst und zwischen den kommunalen Aktivitäten und der offiziellen staatlichen Entwicklungszusammenarbeit besser genutzt und Doppelarbeit vermieden werden. Da in Deutschland aber selbst die bloße Registrierung von Partnerschaftsaktivitäten im Rahmen der Datenbank der deutschen Sektion des CEMR nur unverbindlich (und daher lückenhaft) ist, müsste man entweder Beschlüsse oder Maßnahmen der deutschen und europäischen kommunalen Spitzenverbände herbeiführen, um die Verbindlichkeit und Transparenz bezüglich der Registrierung von kommunalen auswärtigen Unternehmungen zu erhöhen oder die Einführung einer bundesweiten finanziellen Förderung kommunaler Maßnahmen mit der Verpflichtung zur Registrierung der Aktivitäten in einer zentralen Datenbank verbinden, wie dies beispielsweise in Frankreich praktiziert wird (vgl. Wilhelmy u.a. 2007).

Die Stichworte:

- Verankerung von Prinzipien in den Kooperationsvereinbarungen,
- Indikatorenentwicklung zur Messung der Inlandswirkung,
- Capacity Building für Projekt-Evaluationen zur Messung der Entwicklungswirkung,
- die Erstellung einer verbindlichen Überblicksliste der Aktivitäten,
- einheitlichere Förderkriterien der Geldgeber,

zeigen, wie viel Arbeit und Diskussionsstoff auf die kommunale Entwicklungspolitik im Rahmen der Qualitätsdebatte zukommt. Hierzu wäre ein europäischer Erfahrungsaustausch wünschenswert, um von den Erfahrungen anderer Geberländer lernen zu können. Eine stärkere Vernetzung der deutschen Kommunen sowohl innerhalb Deutschlands als auch mit europäischen Partnern könnte auch zur Behebung der in Kapitel 6 festgestellten Defizite beitragen. Die positiven Erfahrungen mit einem Modellprojekt der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt zu kommunalen Dreieckspartnerschaften (zwischen Kommunen in Deutschland, Frankreich und Burkina Faso) könnten hier genutzt werden. Durch eine Zusammenarbeit zum Beispiel zwischen deutschen und spanischen Kommunen mit gemeinsamen Partnerkommunen in Lateinamerika könnten die jeweiligen Vorteile der europäischen Partner gebündelt werden und zu einer besseren Abstimmung und Wirksamkeit der Kommunalprojekte in Lateinamerika beitragen. Dadurch könnten eventuell auch zusätzliche deutsche Kommunen für ein Engagement in Mittel- und Südamerika gewonnen werden. Ein erster Schritt wäre aber zunächst sicherlich, den Erfahrungsaustausch zwischen den bereits in Lateinamerika aktiven Kommunen innerhalb Deutschlands zu erhöhen. Kurzfristig könnte dies durch eine entsprechende Tagung, mittelfristig durch die Einrichtung einer Regionalgruppe Lateinamerika oder spezifischer Ländergruppen – zum Beispiel der 24 mit Nicaragua verbundenen deutschen Kommunen – erreicht werden. Hier sind bundesweite Institutionen wie die kommunalen Spitzenverbände oder auch die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt gefordert.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
CEMR	Council of European Municipalities and Regions)
DIE	Deutsches Institut für Entwicklungspolitik
EU	Europäische Union
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
GTZ	Gesellschaft für technische Zusammenarbeit
InWEnt	Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
MDG	Millenium Development Goals/Milleniumentwicklungsziele der Vereinten Nationen
MSO	Migrantenselbstorganisation
NGO/NRO	Non-Governmental Organization/Nichtregierungsorganisation
ODA	Official Development Assistance/Öffentliche Entwicklungs-Zusammenarbeit
RGRE	Rat der Gemeinden und Regionen Europas
SKEW	Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
UCLG	United Cities and Local Governments
UN	United Nations/Vereinte Nationen
USA	United States of America/Vereinigte Staaten von Amerika

Literaturverzeichnis

Commission of the European Communities (2008): *Local Authorities: Actors for development* (COM(2008) 626 final); online: http://www.rgre.de/pdf/EUKom_EWZ.pdf (15.12.2008)

Deutscher Bundestag (Ed.) (2007): *Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin: Deutscher Bundestag

Emminghaus, C. (2003): *Kommunale Entwicklungszusammenarbeit. Ansätze und Erfahrungen anderer bi- und multilateraler Geber. Studien zu den Niederlanden, Großbritannien, Dänemark und der Europäischen Union*, Eschborn, Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH

European Commission (2008): URB AL III: Guidelines for applicants, Budget line 1909.01, reference: EuropeAid/126818/C/ACT/RAL; online: http://ec.europa.eu/europeaid/where/latin-america/regional-cooperation/urbal/documents/programme/guidelines_en.pdf (27.02.2009)

European Parliament (2007): *Report on Local Authorities and development cooperation* (2006/2235(INI), Brüssel, European Parliament. Report at the Committee on Development by Pierre Schapira

Fröhlich, K./Lämmelin, B. (2009): *Kommunale Entwicklungspolitik in Deutschland. Studie zum entwicklungspolitischen Engagement deutscher Städte, Gemeinden und Landkreise*, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik – German Development Institute (DIE-GDI)

Held, U./Merkle, R. (2008): *Deutsch-chinesische Kommunalbeziehungen: Motivationen, Strukturen, Aktionsfelder*, Bonn: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt (Dialog Global Nr. 19)

Held, U./Wilhelmy S. (2009): *Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana. Handlungsrahmen und Potentiale unter besonderer Berücksichtigung der Partnerschaft NRW – Ghana als Element eines möglichen Mehrebenen-Ansatzes*, Bonn: Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt (Dialog Global Nr. 20)

Held, U./ Nitschke, U./ Wilhelmy, S. (2009): Challenges of German city2city cooperation and the way forward to a quality debate, in: *Habitat International* , Heft 33 (2009), S. 134-140

Katz, A. (2002): *Staatsrecht: Grundkurs im öffentlichen Recht*, 15. Auflage, Heidelberg: Müller

Perlman, J./Sheehan, M. (2007): *Der Kampf gegen Armut und für Umweltgerechtigkeit in den Städten*, in: Worldwatch Institute (2007): *Der Planet der Städte. Zur Lage der Welt 2007*, Münster: Westphälisches Dampfboot

Rudzio, W. (2000): *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland*, 5. Auflage, Opladen: Leske + Budrich

Schwanenflügel, M. von (1993): *Entwicklungszusammenarbeit als Aufgabe der Gemeinden und Kreise*, Berlin: Duncker und Humblot.

Spengler, Ines (2009): Großes Netz der Freundschaft, in: *EUROPA kommunal*, 1/2009, 19-21

VENRO (2004): *Dokumentation zur Fachveranstaltung Evaluation in der Inlandsarbeit – auf dem Weg von der Projektauswertung zur lernenden Organisation*, Bonn: VENRO

Wiemann, J. (2008): *Neuausrichtung der Entwicklungspolitik der Bundesländer vor dem Hintergrund der veränderten internationalen Rahmenbedingungen*, Bonn: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik – German Development Institute (DIE-GDI)

Wilhelmy, S. (2010): *Theorien und Messkonzepte zur Analyse der Nachhaltigkeit in internationalen Beziehungen – Entwicklung eines Indikatorensystems am Beispiel Deutschland – Costa Rica*, Politikwissenschaftliche Dissertation, VS: Wiesbaden (im Erscheinen)

Wilhelmy, S. u. a. (2007): *Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in ausgewählten europäischen Ländern. Fallstudien zu Frankreich, Norwegen und Spanien*. Herausgegeben von der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt/InWEnt gGmbH (Material 29)

Wilhelmy, S. (2006): „Zahl der Lokalen Agenda 21-Beschlüsse stagniert bundesweit“, in: *EINS – Entwicklungspolitik*, Heft 18/19/2006, 19

Publikationen

Die Veröffentlichungen können über die Servicestelle kostenfrei bestellt werden (sofern noch nicht vergriffen). Die meisten Publikationen liegen auch als Download auf unserer Homepage vor.

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle:

- Heft 10.: Kulturen der Welt vor Ort. Ein Praxisleitfaden. Bonn, August 2004.
- Heft 11.: Es geht! Kommunal nachhaltig handeln. Tipps & Ideen. Bonn, Juni 2005.
Neuaufgabe Juli 2006.
- Heft 12.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 9. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Magdeburg 2004. Dokumentation. Bonn, Juli 2005.
- Heft 13.: Hauptstadt des Fairen Handels 2005. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2005. [vergriffen]
- Heft 14.: Zwei Jahre Partnerschaftsinitiative. Two Years of Partnership Initiative. Bonn, Januar 2007.
- Heft 15.: Globales Handeln lokal verankern. Bundesweite Umfrage 2006. Bonn, Februar 2007.
- Heft 16.: Globalisierung gestaltet Kommunen – Kommunen gestalten Globalisierung. 10. Bundeskonferenz der Kommunen und Initiativen. Hamburg 2006. Dokumentation. Bonn, August 2007. [vergriffen]
- Heft 17.: Hauptstadt des Fairen Handels 2007. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2007.
- Heft 18.: UN-Millenniumentwicklungsziele – Kommunale Praxisbeispiele im Dialog. Fachkonferenz 2007. Bonn, Dezember 2007.
- Heft 19.: Deutsch-chinesische Kommunalbeziehungen: Motivationen, Strukturen, Aktionsfelder. Bonn, Dezember 2008. (Kurzfassung deutsch/chinesisch, auch auf englisch erhältlich)
- Heft 20.: Kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Ghana. Potenziale und Handlungsrahmen im Mehrebenensystem am Beispiel der Partnerschaft NRW – Ghana. Bonn, August 2008.
- Heft 21.: Hauptstadt des Fairen Handels 2009. Dokumentation des Wettbewerbs. Bonn, November 2009.
-

Material-Reihe der Servicestelle

- Nr. 28.: Migration und kommunale Entwicklungszusammenarbeit verbinden. Dokumentation eines Seminars vom 28.08.2007. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 29.: Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit in ausgewählten europäischen Ländern. Fallstudien zu Frankreich, Norwegen und Spanien. Bonn, Dezember 2007.
- Nr. 30.: Fünftes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt. Dokumentation vom 04.12.2007.
- Nr. 31.: Migration und kommunaler Entwicklungszusammenarbeit. Gutachten zum aktuellen Stand und den Potenzialen des Zusammenwirkens. Bonn, April 2008.
- Nr. 32.: Kommunale Dreieckspartnerschaften: Studie zur Zusammenarbeit mit Burkina Faso. Bonn, April 2008.
- Nr. 33.: Kommunale Dreieckspartnerschaften: Stationen des Pilotprojektes 2007. Bonn – Kehl – Ouagadougou. Bonn, April 2008.
- Nr. 34.: Sechstes Netzwerktreffen Bürgerhaushalt - vom Projekt zum Programm. Dokumentation vom 24.09.2008
- Nr. 35.: Pressespiegel 2008. Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2008.
- Nr. 36.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Trilateraler Workshop der Modellkommunen (2009) [deutsch und französisch]
- Nr. 37.: Die Bundeskonferenzen der Kommunen und Initiativen. 1988-2009. Bonn, September 2009.
- Nr. 38.: Pressespiegel 2009, Dokumentation der Presseartikel rund um die Servicestelle für das Jahr 2009.
- Nr. 39.: Partnerschaften deutscher Kommunen am Beispiel Lateinamerika. Grundlagen, Stand und Perspektiven. Bonn, Juni 2010.
- Nr. 40.: Kommunale Dreieckspartnerschaften. Stationen des Modellprojekts 2008-2009. [im Erscheinen]
- Nr. 41.: Kommunale Partnerschaften zwischen Nordrhein-Westfalen und Ghana. Dokumentation des Workshops vom 22.4.2010 in Köln. [im Erscheinen]
- Nr. 42.: 50 Kommunale Klimapartnerschaften bis 2015. Vorstudie. Bonn, Juni 2010.

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen *****Eine-Welt-Nachrichten***** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auch auf unserer Homepage.



Engagement Global gGmbH,
Service für Entwicklungsinitiativen
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Tulpenfeld 7, 53113 Bonn • 0228/20717-0

Eine Welt beginnt vor Ort

Das Leben der Menschen in unserer Einen Welt ist in vielfältiger Weise miteinander verbunden. Voneinander lernen, miteinander Lösungen suchen, gemeinsame Wege gehen – das sind die Erfordernisse unserer Zeit, um global nachhaltige Entwicklung zu fördern. Ihre Entscheidungen und Ihr Engagement als Kommune wirken sich auch auf das Leben anderenorts aus. Ihre gesellschaftliche, ökologische und wirtschaftliche Zukunft wird durch Ihr entwicklungspolitisches Engagement vielfältiger, ideenreicher und erfolgreicher.

Sie wollen Schritt halten mit den globalen Herausforderungen und gleichzeitig zur Entwicklung lebenswerter Bedingungen auch in anderen Teilen der Welt beitragen? Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt steht Ihnen als Partner zu allen Fragen kommunaler Entwicklungspolitik zur Seite. Wir stehen für Erfahrung, Kompetenz, erfolgreiche Projekte, nachhaltige Ergebnisse und umfangreiche Informationen.

Schärfen Sie das internationale Profil Ihrer Kommune. Erwerben Sie interkulturelle Kompetenz. Engagieren Sie sich.

Wir sind

als Teil der Engagement Global gGmbH:

- Kompetenzzentrum und Serviceeinrichtung für entwicklungspolitisch interessierte Kommunen in Deutschland,
- Partner für kommunale Entwicklungspolitik zur Erreichung internationaler Entwicklungsziele und einer nachhaltigen und partizipativen Stadtentwicklung – hier und bei den Partner im Süden,
- Förderer des Austausches von internationalem Know-how mit Kommunalexperten in Entwicklungs- und Schwellenländern,
- Experten für die Qualifizierung von kommunalen Projekt- und Städtepartnerschaften,
- Berater für wirkungsvolle Informations- und Bildungsarbeit deutscher Kommunen.

Wir arbeiten

im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung an kommunalen Zukunftsthemen:

- Deshalb helfen wir kommunale Partnerschaften mit Entwicklungs- und Schwellenländern auf- und auszubauen, aktuell mit den Schwerpunkten: Klima, Bürgerhaushalt, nachhaltige Stadtentwicklung.
- Deshalb unterstützen wir die Vernetzung von Migration und Entwicklung auf lokaler Ebene und stärken kommunale Entwicklungspolitik durch die Einbeziehung von Migrantinnen und Migranten.
- Deshalb fördern wir ein Faires Beschaffungswesen als kommunalen Beitrag zur Ausweitung des Fairen Handels.

Wir bieten

- Veranstaltungen wie Workshops, Tagungen und Konferenzen die Betreuung und Unterstützung themenbezogener Netzwerke,
- den Wettbewerb „Hauptstadt des fairen Handels“,
- persönliche, kostenlose Beratung, auch bei Ihnen vor Ort,
- einen Online-Finanzierungsratgeber,
- umfangreiche Publikationsreihen, Studien und Recherchen zu aktuellen Themen der entwicklungspolitisch relevanten kommunalen Handlungsfelder, eine umfangreiche Homepage www.service-eine-welt.de und Internetportale, beispielsweise www.buergerhaushalt.org,
- den monatlichen Newsletter „Eine Welt Nachrichten“,
- Beratung für Kommunen zu den Angeboten der Engagement Global gGmbH.

Sie haben Ideen? Wir helfen Ihnen, diese umzusetzen.


Sie suchen Lösungen? Wir finden mit Ihnen partnerschaftlich das Ziel.

Kommunales entwicklungspolitisches Engagement heißt verantwortungsbewusst und nachhaltig die Zukunft in der Einen Welt zu gestalten. Seien Sie dabei!

Im Auftrag des



EINE WELT.
ONE WORLD.
UN SEUL MONDE.
BONN.

 Rat für
NACHHALTIGE
Entwicklung

 **Deutscher
Städtetag**

 **Deutscher
Städte- und Gemeindebund**

 **DEUTSCHER
LANDKREISTAG**



Rat der Gemeinden und Regionen Europas
Deutsche Sektion

VENRO
VERBAND ENTWICKLUNGSPOLITIK
DEUTSCHER NICHTREGIERUNGS-
ORGANISATIONEN e.V.

 **dbb
beamtenbund
und tarifunion**

 **UNESCO**
Deutsche
UNESCO-Kommission e.V.

 **Auswärtiges Amt**

 **Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit**

 **DGB**

**DIÖZESAN
RAT DER KATHOLIKEN
IM ERZBISTUM KÖLN**

d·i·e 
Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik German Development
Institute

 **agl**

 **giz**



Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Bremen, Hamburg, Nordrhein- Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Schleswig- Holstein.

Unter Mitwirkung: Land Mecklenburg-Vorpommern, Stadt Bonn, Rat für Nachhaltige Entwicklung, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutscher Landkreistag, Deutsche Sektion des Rates der Gemeinden und Regionen Europas, Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V., Deutscher Beamtenbund, Deutsche UNESCO- Kommission e.V., Auswärtiges Amt, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Deutscher Gewerkschaftsbund, Diözesanrat der Katholischen Kirche, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke e.V. und die Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit.